

Vielfältiges Judentum

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

im Rahmen unserer Orientierung an den Menschenrechten haben wir es mit drei Arten von Judentum zu tun:

1. Menschen jüdischen Glaubens in Deutschland, Österreich und der Schweiz: Sie sind meistens eng verbunden mit Israel, dem „Staat des jüdischen Volkes“, wie es immer mehr hervorgehoben wird. Von dessen Unrechtspolitik wollen sie nichts wissen. Religiöse Vertreter des Judentums haben hier eine starke Stimme im christlich-jüdischen Gespräch. Ausnahmen sind hervorragende jüdische Persönlichkeiten, die die tiefen Schäden dieses Israel sehen und hochkritisch darüber sprechen. Ein Beispiel ist Iris Hefets von der *Jüdischen Stimme für gerechten Frieden in Nahost* (Seite 3).

2. Die Mehrheit des israelischen Judentums in Palästina: Seit über hundert Jahren sind die jüdischen Einwanderer zionistisch, das heißt nationalistisch geprägt. Seitdem sind sie sehr erfolgreich in der Unterdrückung und Verdrängung des einheimischen palästinensischen Volkes. Dabei wird spätestens seit 1967 die fortgesetzte Landnahme, das heißt der völkerrechtswidrige Landraub, auch jüdisch-religiös massiv gestützt. Die Hebräische Bibel lässt sich dazu missbrauchen.

3. Die mutigen Mitglieder der jüdisch-israelischen Menschenrechtsgruppen: Sie gelten dafür, dass sie für die Menschenwürde der unterdrückten Palästinenser eintreten, als Vaterlandsverräter. Sie bringen den Kolonialismus, Rassismus und die Apartheidspolitik ihrer jüdischen Landsleute zur Sprache, schärfer als dies hier im ersten Hauptartikel Arn Strohmeier tut. Dabei vertreten sie ein universales Menschenbild und ein Ethos, wie es in den jüdischen Traditionen durchaus seinen Hintergrund hat. Sie stehen für Humanität und sind unsere Freunde.



Jüdisch-palästinensische Friedensdemonstration in Israel Foto: C. Borden

Im Land des Holocaust pflegt nennenswerte Kritik am gegenwärtigen politischen Israel interessegeleitet oder aus falscher Rücksichtnahme mit der Waffe des Antisemitismusvorwurfs bekämpft zu werden, sogar seitens der Kirchen. Vom 3. bis 7. Juni findet in Stuttgart ein Evangelischer Kirchentag statt. Dessen Planungsteam weigert sich seit langem, bezüglich Nahost ethisch-politischen Fragen deutlich mehr Raum zu geben. Bitte beachten Sie die Seite 8 zu Veranstaltungen eines „Thementages Palästina/Israel“ am 6. Juni zur Ergänzung des Programms des Kirchentages.

Ihr Peter Bingel

Gaza leidet immer noch



Diese Jungen haben schon drei Gazakriege erlebt. Was werden sie in zehn Jahren einmal tun? Bringen die übermäßigen Zerstörungen und Tausende von Opfern durch die Angriffe der übermächtigen israelischen Armee sie dazu, Widerstandskämpfer zu werden? Der Wiederaufbau nach dem Bombenkrieg kommt nicht voran. Mehr zu Gaza auf Seite 7. Foto: noonpost

Der Rassismus ist allgegenwärtig

Israel auf dem Weg zur Apartheid?

Von Arn Strohmeier

Ist Israel ein rassistischer Staat? Die Frage müsste sich erübrigen, denn ein Staat, der seine Identität auf das Holocaust-Vermächtnis des „Nie Wieder!“ zurückführt, dürfte mit diesem Begriff eigentlich nicht in Verbindung zu bringen sein. Aber die Realität ist und war von allem Anfang an eine andere. Denn der Zionismus war am Ende des 19. Jahrhunderts als Reaktion auf den in Europa stärker gewordenen Antisemitismus entstanden. Er verstand sich als nationale Idee des jüdischen Volkes und hatte von Anfang an das Ziel, einen ausschließlich jüdischen Staat in Palästina zu gründen.

Hatten die Juden selbst in ihrer Geschichte großes Unrecht erfahren, begingen sie nun selbst großes Unrecht. Und dieses neue Unrecht hatte sehr viel mit Rassismus zu tun.

Denn zur Verwirklichung ihres Zieles brauchten die Zionisten ein Territorium. Aber das Land, das sie im Auge hatten, war nicht leer, dort lebte seit Jahrtausenden ein einheimisches Volk, die Palästinenser.

Um dieses Territorium in Besitz zu nehmen, mussten die Zionisten diesen Menschen das Recht nehmen, dort zu leben. Das ging nur mit Deportation und Vertreibung. Diese begannen unmittelbar nach dem Beschluss der UNO vom 29. November 1947 zur Teilung Palästinas. Beides fand seinen grausamen Höhepunkt in der ethnischen Säuberung vor und nach der Staatsgründung 1948. Der Prozess ist noch nicht zu Ende. Er geht bis heute weiter.

Kolonialismus

Für die Zionisten war Palästina „leer“ gewesen, weil sie die dort lebenden Menschen im Grunde gar nicht als Menschen wahrnahmen. Von Anfang an stand der Kolonialismus bei der Realisierung des zionistischen Projekts Pate.

Die zionistischen Siedler benahmen sich in Palästina nach einer friedlichen Phase in den ersten Jahren so, wie Kolonialisten sich überall in der Welt in Kolonien aufgeführt hatten. Das führte zu einer von Rassenkampf beherrschten Geisteshaltung und schließlich zum gewaltsamen Zusammenstoß beider Volksgruppen, der bis heute andauert und den Nahost-Konflikt ausmacht.

Petra Wild ist zuzustimmen, die das heutige Israel als „siedlerkolonialistischen Staat“ so definiert: „Der reine Siedlerkolonialismus, für den Israel ein Beispiel ist, strebt danach, die einheimische Bevölkerung durch eine eingewanderte Siedlerbevölkerung vollständig zu ersetzen. Die Grenzen werden stets weiter nach vorne verschoben und die einheimische Bevölkerung auf stets kleiner werdenden Flächen zusammengedrängt, um ihr Land und ihre Ressourcen für die Siedlerbevölkerung freizumachen. Charakteristisch für siedlerkolonialistische Gebilde sind neben territorialer Expansion ein ausgeprägter Rassismus in der Siedlerbevölkerung.“ Diese ist inzwischen auf 650.000 Personen angewachsen.

Die israelische Unabhängigkeitserklärung verspricht allen Menschen gleiche gesellschaftliche und

politische Rechte ohne Ansehen von Religion, Rasse oder Geschlecht.

Doch besteht zwischen Anspruch und Wirklichkeit eine riesige Kluft. Die Palästinenser, die in diesem Staat immerhin zwanzig Prozent der Bevölkerung ausmachen, sind nur Bürger zweiter, wenn nicht dritter Klasse.

Da der israelische Staat sich religiös-ethnisch definiert, wird zwischen der Zugehörigkeit zur israelischen Staatsbürgerschaft und zur jüdischen Nation unterschieden. „Juden“ und „Araber“ sind unter anderem durch unterschiedliche Nummern der Pässe und verschiedene Farben der Personalausweise gekennzeichnet. Die Palästinenser Jerusalems haben einen Sonderstatus, der unsichere Existenz bedeutet.

Diskriminierung

Die Liste der Benachteiligungen für Palästinenser im israelischen Staat ist lang. Sie sind, obwohl sie das Wahlrecht haben, aus dem politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben der Gesellschaft so gut wie ausgeschlossen. Da der Boden des Landes ausschließlich Juden oder dem Staat gehört, dürfen sie kein Land erwerben und bekommen kaum Baugenehmigungen. Bauen sie ohne, werden die Häuser zerstört. Die Gemeinden und Institutionen der Palästinenser bekommen weniger Mittel vom Staat. Die Folge ist ein Verfall der Infrastruktur. Der Zugang der Palästinenser zu Bildung und zum Arbeitsmarkt ist sehr viel schlechter als der für Juden.

Fortsetzung auf Seite 2

In dieser Ausgabe

Nationalismus und Rassismus in Israel	Seite 2
Angst jüdischer Israelis	Seite 3
Zur Wahl in Israel	Seite 3
EU-Parlament schwach	Seite 4
Verdrängung in Ostjerusalem	Seiten 4 und 5
Buch und Film	Seite 6
Jürgen Todenhöfer zu Gaza	Seite 7
Veranstaltungen	Seite 8
Impressum	Seite 8

Meldungen

Nichts Neues in Israel

In Israel zeichnet sich nach der Knesset-Wahl am 17. März und den Sondierungen von Staatspräsident Reuven Rivlin folgende Regierungskoalition mit 67 von 120 Sitzen ab:

Likud (Mitte-rechts)	30
Kulanu (Mitte)	10
Jüdisches Heim (nationalistisch)	8
Schas (religiös)	7
Israel Beitenu (nationalistisch)	6
Vereinigtes Torajudentum (ultraorthodox)	6

Die ebenso uneinheitliche Opposition bilden:

Zionistisches Lager (Mitte-links)	24
Vereinigte Arabische Liste (Palästinenser)	13
Zukunftspartei (Mitte-links)	11
Meretz (links)	5

(Siehe Kommentar auf Seite 3.) PIZ

Beduinen werden vertrieben

Mehreren Dutzend Beduinen der Jahalin-Gemeinschaft wurde von der israelischen Zivilverwaltung des besetzten Westjordanlandes angedroht, ihre Behausungen würden von israelischen Sicherheitskräften zerstört, wenn sie dies nicht selbst tun. Ihr Wohngebiet liegt seit 1997 bei Abu Dis zwischen der (israelischen) Stadtgrenze von Ostjerusalem und der jüdischen Siedlung Ma'ale Adumim im Westjordanland. Seit Anfang 2015 hat Israel im Westjordanland insgesamt 562 palästinensische Gebäude zerstört. Ma'an 6. März 2015

Militär-Vandalismus

Im Februar überfielen und zerstörten israelische Soldaten die Zufahrt zu einem Protestlager neunmal. Das Lager war von palästinensischen Aktivisten errichtet worden, um gegen israelische Pläne zur Vertreibung beduinischer Familien aus ihren Wohnungen im Gebiet E 1 zwischen Jerusalem und Jericho zu protestieren. Im Sommer hatte die israelische Zivilbehörde des besetzten Westjordanlandes in einer Reihe von Plänen mitgeteilt, Beduinen sollten an zwei Orten konzentriert und mehr als zwanzig ihrer jetzigen Wohnplätze zerstört werden. EAPPI Jerusalem

Fortsetzung von Seite 1

Israel auf dem Weg zur Apartheid?

Für die Palästinenser gilt nicht das Rückkehrrecht, das allen Juden der Welt die Einwanderung nach Israel erlaubt und ihnen sofort die Staatsbürgerschaft gewährt. Länger im Ausland lebende Palästinenser oder Flüchtlinge dürfen dagegen nicht zurückkehren. Palästinenser in Israel dürfen nicht in jüdische Gemeinden

so erschwert, dass sie fast unmöglich ist. Die Palästinenser müssen sogar ihre eigene Geschichte verleugnen: Offizielles und öffentliches Erinnern an die ethnische Säuberung palästinensischer Gebiete seit Herbst 1947, die Nakba, ist verboten und wird bestraft. Die Liste der Diskriminierungen lässt sich weiter verlängern.

Diese Abstufung beruht auf ethnischen Merkmalen: Juden oben, Palästinenser unten. Eine solche Diskriminierung kann man nur mit dem Begriff „rassistisch“ belegen.

Ist Israel auch schon ein Apartheidsstaat? Die Apartheid unterscheidet sich vom Rassismus durch ihren staatlich institutionalisierten Charakter. Und noch einmal Petra Wild: „Sie ist ein politisches System, in dem der Rassismus durch Gesetze und Parlamentsbeschlüsse institutionalisiert wird, in dem der Staat durch sein Rechtssystem rassistische Unterscheidungen zwischen den Bürgern/Innen vornimmt.“ Im besetzten Westjordanland ist dieser Tatbestand erfüllt. Da Israels rechtsextreme Regierungen der letzten Jahre die vielfältigen Formen der Diskriminierung in Gesetze gießt, ist dieser Staat auf dem besten Weg, sehr bald ein Apartheidsstaat zu werden.

Möglich wurde eine solche Entwicklung durch den zunehmenden und schließlich beherrschenden Einfluss der extremen Rechten nach dem Juni-Krieg 1967 und durch die Besetzung der palästinensischen Gebiete. Im Hochgefühl des Sieges setzte sich die Groß-Israel-Ideologie durch, die von der säkularen wie religiösen Rechten getragen wurde, aber auch von der Arbeitspartei.

Das war die Stunde des Aufstiegs der Siedlerbewegung, die heute über beträchtlichen politischen

Einfluss in Israel verfügt und auch von Anfang an vom Staat finanziert wurde. Sie ist von einem fanatischen Messianismus durchdrungen. Ihre ideologische Grundlage ist eine rassistische Vorstellung vom auserwählten Volk, wobei der Anspruch auf das Westjordanland, das offiziell nach dem Alten Testament *Judäa* und *Samaria* genannt wird, auf der biblischen Überlieferung des von Gott verheißenen Landes beruht.

Rassistischer Staat

Der jüdische Nationalismus, der heute in Israel vorherrscht und die Politik der Regierung bestimmt, hat einen deutlichen Ruck ins Rechtsextreme und Religiöse erfahren. Er stützt sich auf zwei Pfeiler: einen fremdenfeindlichen Rassismus gegen Araber sowie einen damit in engem Zusammenhang stehenden religiösen Mystizismus, der den Landraub rechtfertigen soll.

Umfragen in Israel selbst belegen, dass die Bevölkerung mehrheitlich mit einer solchen Entwicklung durchaus einverstanden ist. So ermittelte das israelische Meinungsforschungsinstitut Dialog: Eine weitgehende Entrechtung

und Diskriminierung der Araber in Israel wird von einer Mehrheit gewünscht. 49 Prozent fordern, dass der Staat jüdische Bürger gegenüber arabischen bevorzugen soll. 74 Prozent bestehen auf getrennten Straßen von Juden und Palästinensern im Westjordanland. 42 Prozent möchten nicht, dass ihre Kinder zusammen mit arabischen Kindern in die Schule gehen. 47 Prozent sind für einen Transfer, also die Vertreibung der israelischen Araber aus dem israelischen Kernland in das Westjordanland.

Der israelische Journalist Gideon Levy von der Tageszeitung *Haaretz* kommentierte das Ergebnis der Umfrage so: „Wir sind Rassisten, sagen die Israelis, wir praktizieren Apartheid, wir wollen auch in einem Apartheidsstaat leben. Ja, das ist Israel (...) Die Israelis definieren sich selbst offen, schamlos und ohne Schuldbewusstsein als nationalistic Rassisten und schämen sich nicht dafür. Israel ist offenbar ein rassistischer Staat.“

Der Berliner Arn Strohmeier (72) war unter anderem Redakteur des Bremer *Weser-Kurier*. Jetzt engagiert er sich für gerechten Frieden in Palästina. Sein jüngstes Buch hierzu aus dem Jahr 2014: „Das unheilvolle Dreieck. Deutschland, Israel und die Palästinenser: Plädoyer für eine andere Nahostpolitik“. Siehe auch den Internetauftritt www.arnstrohmeier.de.



Abtrennung der Palästinenser durch Mauer und Gitter

Foto: Werner

ziehen. Über diese Rassentrennung wachen Segregationsräte.

Die Familienzusammenführung von in Israel lebenden Palästinensern mit Landsleuten aus dem Westjordanland und dem Gazastreifen wird

Besatzungsrecht

Die Menschen im Westjordanland haben keinerlei politische oder bürgerliche Rechte. Dort herrscht Militärrecht. Es teilt die Menschen in Herrschende und Unterworfenen ein.

Gesetzesentwurf wird zum Skandal

Nur für Juden

Am Sonntag, den 23. November 2014 erlebte die Knesset wieder einmal eine turbulente Debatte. In der Pressemitteilung des israelischen Parlaments vom 27. November 2014 heißt es dazu, während einer Rede seien Protestschreie aus der Opposition zu hören gewesen. Und viele Oppositionelle seien nach drei Ordnungsrufen des Plenums verwiesen worden. Was war geschehen?

Es ging um den Entwurf eines Gesetzes, mit dem der Charakter Israels als jüdischer Staat gestärkt und festgezurrt werden soll (nation-state bill). Premierminister Benjamin Netanjahu brachte den Entwurf ein und gab mit seiner Rede Anlass zu der Unruhe im Parlament. Er selbst hatte diesen Entwurf gewünscht. Als Hauptzweck gab er an, allen Personen die Bürgerrechte abzuerkennen, die mit Terror, Aufruhr und Gewalt zu tun haben. Selbstverständlich ist hier Terror im Verständnis der israelischen Regierung gemeint.

Israel müsse stark gegen den Terror kämpfen, um den Bürgern die Sicherheit zurück zu bringen, besonders denen in Jerusalem. Dazu werde es nicht genügen, die Sicherheitskräfte zu verstärken und Häuser von Terroristen zu zerstören. Darüber hinaus sollten Terroristen, ihre Familien und Helfer neben den Bürgerrechten auch alle Sozialleistungen verlieren. Weitere Punkte in dem Entwurf: Arabisch sollte seinen Status als zweite Amtssprache verlieren und neue Gesetze sollten nach jüdischem und nicht nur nach weltlichem Recht formuliert werden.

Im Nationalstaatsgesetz sei Israel gleichwertig ein jüdischer und ein demokratischer Staat. Netanjahu versprach erneut gleiche Rechte ohne Rücksicht auf Religion, Rasse und Geschlecht. Dann sagte er: „Israel ist der Nationalstaat des jüdischen Volkes und des JÜDISCHEN

VOLKES ALLEIN.“ Er berief sich dabei auf die britische Balfour Erklärung, das Mandat des Völkerbundes an Großbritannien, den Teilungsplan der UNO und die jüdische Unabhängigkeitserklärung.

Kritik von vielen Seiten

Von der weit verbreiteten Kritik an dem Gesetzesentwurf wurde vor allem darauf hingewiesen, dass Israel dadurch seinen Charakter als demokratischer Staat ganz verlieren könnte. In direkter Erwidierung warf Oppositionsführer Isaac Herzog Netanjahu vor, selbst nicht zu befolgen, was er von der Welt verlange, nämlich Israel als eine entwickelte westliche Demokratie anzusehen. Der Premierminister bringe mit Haarspalterei die Grundsätze der Unabhängigkeitserklärung durcheinander. Als unmittelbare Folge eines derartigen Gesetzes sieht er nicht eine Stärkung des Staates, sondern den Verlust von Demokratie und Gleichheit im Staat.

Als prominentester Kritiker in Israel griff Staatspräsident Reuven Rivlin den Entwurf ungewöhnlich scharf an: Gerade die Unabhängigkeitserklärung sollte dafür sorgen, dass sich Araber (Palästinenser) in Israel nicht so fühlen müssen wie die Juden im Exil. Die internationale Kritik in den Medien ist sich weitgehend einig: Das angestrebte Gesetz stärke das Judentum auf Kosten der Demokratie.

Die erste Lesung des Gesetzesentwurfs wurde wegen der massiven Kritik zwar verschoben. Aber schon die Tatsache der Zustimmung einer Mehrheit des Kabinetts zu dem Entwurf kennzeichnet die Regierung als national-religiös und stark rechtsgerichtet. Die Gesetzesinitiative ist nicht vom Tisch. Das Ergebnis der Knessetwahl vom 17. März spricht vielmehr dafür, dass die Initiative nicht dauerhaft erledigt ist. *kö*

Ferguson und Kafr Kanna

Rassismus hier und da

Die Städte Ferguson und New York stehen seit dem vergangenen Herbst für bleibenden Rassismus in den USA. Weiße Polizisten töteten dort unbewaffnete Schwarze unter fragwürdigen Umständen. In beiden Fällen lehnte es die zuständige Geschworenenkammer dennoch ab, Ermittlungen gegen die Polizisten zu empfehlen. Demonstrationen und Proteste von Schwarz und Weiß im ganzen Land waren die Folge.

In Kafr Kanna nahe Nazareth tötete ein israelischer Polizist den 22-jährigen Palästinenser Kheira-Din Hamdan mit einem Schuss in den Rücken. Am 15. November berichtete Uri Avnery aufgrund des Films einer Überwachungskamera: Der junge Mann habe zunächst mit einem Gegenstand an ein Polizeiauto geschlagen, sei dann aber weggegangen. In diesem Moment habe ein Polizist den Palästinenser in den Rücken geschossen. Avnery betonte, dieser Vorgang sei nicht einzigartig. Die Justiz griff den Fall nicht auf.

Verzerrte Wahrnehmung

Bei aller Ähnlichkeit weisen die Vorfälle in den USA und in Israel doch drei wesentliche Unterschiede auf:

Erstens: Über die Vorkommnisse in den USA berichteten die großen deutschen Medien wochenlang. Über den tödlichen Schuss in Israel gab es keine entsprechende Berichterstattung.

Zweitens: Aufgrund der intensiven Berichterstattung über Vorfälle in den USA wird hierzulande andauernder Rassismus dort für eine Tatsache gehalten. Ohne Berichterstattung kann ein Gedanke



Karikatur von Carlos Latuff

an Rassismus in Israel gar nicht erst aufkommen.

Drittens: In den USA zog das Bundesjustizministerium die Fälle an sich, um eigene Untersuchungen zu veranlassen. Jetzt liegt ein Bericht vor. Er bescheinigt der Polizei in Ferguson eine rassistische Grundstimmung.

Zynisch

Dagegen leitete in Israel das polizeiliche Untersuchungskomitee unter dem Druck lautstarker palästinensischer Proteste zunächst eine Untersuchung ein. Die erste Reaktion des Polizeikommandos war jedoch, das Verhalten des Polizisten zu rechtfertigen. Mehrere Minister lobten das beispielhafte Verhalten der Polizei bei diesem Vorfall.

In einer Sondersitzung der Knesset über den Vorfall in Kafr Kanna wies der Minister für Innere Sicherheit Yitzhak Aharonovitch von der nationalistischen Partei Yisrael Beiteinu laut einer Pressemitteilung des Parlaments vom 16. November die

Vorwürfe gegen die Polizei zurück. Er verlangte von den Parlamentariern, sich gegen Versuche zu wenden, den israelischen Polizisten zu schaden. „Wir werden den palästinensischen Terror ausrotten“, sagte er. Eine terroristische Situation hatte bei dem Geschehen in Kafr Kanna allerdings nicht vorgelegen. *kö*

Zitiert

Zum Appell des Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu an europäische Juden, nach Israel auszuwandern:

„... in der Sache selbst war das Postulat des israelischen Premiers von einer objektiven Lüge getragen: Nicht zuletzt wegen der von Netanjahu und seinesgleichen betriebenen Politik ist das Leben von Juden schon seit Jahrzehnten gerade in Israel wie nirgendwo sonst gefährdet.“

Moshe Zuckermann
in der taz

Zur Psyche israelischer Juden

„Sie bekommen Angst vor sich selbst.“

Angst ist ein großes Thema in Israel. Sie hat viele Quellen. Wir sprachen mit der jüdischen Psychotherapeutin Iris Hefets über die Angst der jüdischen Israelis vor ihrer eigenen Aggressivität, über den hohen Drogenkonsum in Israel und das Verleugnen der Realität.

Wovor haben die jüdischen Israelis Angst?

Einerseits gibt es die Angst, ein Opfer zu sein. Die Israelis sagen ganz bewusst: Wir wollen nie wieder Opfer sein. Was aber unter der Oberfläche zu spüren ist, ist die Angst vor Rache, und das größte Tabu sind dabei die palästinensischen Flüchtlinge. Darüber wird kaum gesprochen. Deshalb macht die Nakba solche Angst, wie es auch beim letzten Angriff auf Gaza zu spüren war.

Es gab Gerüchte, dass an Rosch ha-Schana – dem jüdischen Neujahrstag – Palästinenser aus Gaza durch Tunnel nach Israel kommen und in einem Kibbuz Attentate mitten in den Esszimmern begehen wollen. Weil in den Kibbuzim die europäischen Israelis wohnen, die die Palästinenser im Rahmen der Nakba vertrieben haben. Da steckt die Angst vor Rache drin: Die, die wir vertrieben haben, werden wiederkommen.

Wie gerechtfertigt ist diese Angst der Israelis?

Mittlerweile gibt es gute Gründe, reale Angst zu haben. Die Aggressiven, denen die Palästinenser täglich ausgesetzt sind, werden von ihnen verinnerlicht. Das verändert die Psyche. Da kommt es dann zu solchen Fällen, dass ein Palästinenser, der auf einem Bulldozer arbeitet, damit Menschen umbringt. Es ist nicht so, dass die Israelis nur paranoid sind. Die Angst ist real. Deshalb verlassen auch viele das Land.

Einerseits gibt es also die Angst in Israel, wieder ein Opfer zu werden, auf der anderen Seite versteht man sich als Opfer. Ist das nicht paradox?

Israel arbeitet hart daran, sich als Opfer zu profilieren. Gleichzeitig darf man kein Opfer sein und damit schwach. Als ich während der zweiten Intifada zugab, Angst

liege. Wir sind dazu verdammt, Opfer zu sein, weil wir Juden sind. Es geht um unsere Existenz, die nicht toleriert wird.

Sie arbeiten als Psychologin. Wie würden Sie die Psyche Israels beschreiben?

Viele Menschen haben psychische Probleme. Es gibt eine steigende Nachfrage nach Psychopharmaka. Erwachsene nehmen Ritalin, um sich konzentrieren zu können. Viele leiden an Depressionen, und es liegt Aggression in der Luft. Die, die in den besetzten Gebieten als Soldaten eingesetzt oder im Krieg waren, haben erlebt, wie aggressiv sie sein können. Sie bekommen Angst vor sich selbst.

Die Recherchen eines israelischen Bloggers, der anonym arbeitet, haben ergeben, dass es rund vierzig Selbstmorde unter Soldaten pro Jahr gibt. Sie werden von der Armee offiziell unter „unbekannter Todesgrund“ geführt.

Viele Israelis reisen deshalb nach der Armeezeit nach Indien, nehmen Drogen wie verrückt, um sich zu betäuben. Fast alle meine israelischen Freunde sind irgendwie betäubt, entweder sie kiffen ständig, trinken viel oder rauchen übermäßig. Wir gehören zu der Generation, die den Libanonkrieg 1982 miterlebt hat. Wenn man jahrelang in so einem Zustand lebt, verändert das einen.

Wie sähe Ihre Therapie für Israel aus?

Die Israelis müssen aufhören, die Realität zu verleugnen. Die eigenen Geister gehen davon nicht weg, sondern kommen nachts zurück. Viele leiden an Angstattacken und Schlafstörungen. Es muss ein kollektives Bemühen um eine Aussöhnung geben wie es in Südafrika mit der Wahrheits- und Versöhnungskommission geschah. Doch auf dieser Ebene passiert nichts, da viele Angst haben, die Vergangenheit und die Gegenwart aufzuarbeiten. Es gibt keine Motivation dazu.

Stattdessen werden Medikamente verschrieben. In Israel werden Kosten für Psychotherapie von den Krankenkassen selten übernommen. Hinzu kommt, dass die Therapeuten selbst Kinder in der Armee haben. Dadurch sind sie direkt betroffen. Da ist es schwierig in den Sitzungen, neutral zu sein. Es gibt das „wir“ und das „sie“. Da ist es die einfachere Lösung, Medikamente zu nehmen, Alkohol zu trinken und zu kiffen.

Ist die Angst in Israel in den letzten zwanzig Jahren gewachsen?

Ich glaube schon. Es gibt auch mehr Gründe, Angst zu haben. Was aber vor allem gewachsen ist, ist die Verzweiflung. Wenn ich die Wahlkampagnen vergleiche, so sprach man früher von Frieden. Nicht von Gerechtigkeit, aber von einer möglichen Lösung. Dann kam eine Phase, da ging es um Konfliktmanagement. Das heißt, die Situation wird nicht gelöst, man muss damit aber irgendwie zurecht kommen. Jetzt herrscht das Gefühl von Aussichtslosigkeit. Die Menschen haben das Gefühl, dass sie keine Kontrolle mehr über ihr Leben haben. Die Angst wird geschürt in Kriegszeiten und dazwischen herrscht Verzweiflung. Es gibt einfach viel weniger Hoffnung.

Welche Rolle könnten Begegnungen zwischen jüdischen Israelis und Palästinensern für die Überwindung der Angst spielen?

Meiner Erfahrung nach werden von palästinensischer Seite Begegnungen als „Normalisierung“ abgelehnt. Das ist auch ein Teil der BDS-Bewegung (Boycott- Kapitalabzug-Sanktionen). In Israel gibt es einfach auch keine Begegnung. Wir leben geografisch sehr getrennt. Wir gehen auf verschiedene Schulen, leben in verschiedenen Kreisen. Es wäre eine Form der Therapie, doch man müsste über die Besatzung sprechen und wie wir miteinander leben können. Aber erstmal muss anerkannt werden, dass es hier ein Volk gibt, das entrechtet ist. Erst dann kann eine Begegnung fruchtbar sein.

Das Gespräch führte
Christian Kercher.



Iris Hefets

Foto: privat

Iris Hefets (49) studierte Biologie und Psychologie. Vor dreizehn Jahren kam sie aus Israel nach Berlin. Hier arbeitet sie als Psychotherapeutin. Sie gehört dem Vorstand des Vereins Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost (www.juedische-stimme.de) an.



Symbol der Angst: Wachturm in der Sperrmauer

Foto: Caroline Borden

Eine Angst vor Rache kann auch ein Anerkennen eigener Schuld bedeuten. Gibt es ein Schuldeingeständnis in Israel?

Diese Schuld wird verleugnet. Erstmal wird die Nakba verleugnet. Jetzt gibt es auch ein Gesetz, das es explizit verbietet, mit besonderen Aktionen und Gedenkfeiern daran zu erinnern. Die eigene Schuld wird abgewehrt, indem man sich als das ultimative Opfer darstellt. Im besten Fall sagen die, die es nicht leugnen, dass die Palästinenser es verdient haben oder dass es unvermeidbar gewesen ist.

zu haben, da war das verpönt. „Wir müssen stark sein“, hieß es damals, „sonst erlangen die Terroristen die Oberhand“. Gleichzeitig tragen die Reisen nach Auschwitz und das Gedenken daran dazu bei, das Gefühl „Wir sind die Opfer“ zu verstärken.

Die Täterperspektive wird dabei völlig weggelassen, und jedes Attentat verstärkt dieses Gefühl. Die meisten jüdischen Israelis sehen die Palästinenser als das Böse an sich. Dadurch entsteht ein Bild, als hätten wir wirklich Grund zur Angst, dieses aber nicht an unserem Verhalten

Wahlsieg Netanjahus bedeutet Fortsetzung des Konfrontationskurses

Die Rechten gewinnen in Israel

Die Nachricht vom Wahlsieg Netanjahus hat etwas überrascht, obwohl man diese Option durchaus befürchten musste. Dieser begnadete Taktierer und Berufsportunist wird also eine neue rechte Koalition leiten. Der Herzog-Livni-Block würde auch kaum substantielle Veränderungen herbeiführen.

Gewiss: Im Gegensatz zum rechten Lager bekennt sich das Duo Herzog/Livni klarer zur Zweistaatenlösung. Zweifelhaft ist allerdings, ob man da tatsächlich auf ein ernsthaftes Ziel hinsteuert mit allen dazu gehörenden Konsequenzen wie unter anderem Räumung der Siedlungen und Festlegung der Staatsgrenzen. Außerdem steht für fast alle Politiker in Israel einschließlich der Zionisten

die iranische Atomfrage ohnehin an der Spitze der Prioritätenliste.

Palästinenser gestärkt

Die anlässlich der Wahl entstandene *Gemeinsame Arabische Liste* ist eine überfällige Reaktion auf die bisherige Marginalisierung palästinensischer Vertretung in der Knesset. Die Palästinenser wurden mit 13 Mandaten drittstärkste Kraft. Gemeinsamer Nenner ist die Verteidigung sowohl der Interessen der palästinensischen Minderheit in Israel (etwa 22,2 Prozent der Bevölkerung) als auch der unter Besatzung, Unterdrückung und Blockade leidenden Palästinenser im besetzten Westjordanland und im blockierten Gazastreifen.

Formaler Grund für die Entstehung der Liste ist ein neues Wahlgesetz, das die Hürde vor dem Einzug einer Partei in die Knesset von zwei auf 3,25 Prozent erhöht hat. Die Liste setzt sich aus nationalarabischen, islamischen, liberal-reformerischen und anderen Parteien zusammen. Der Marxist und Aktivist für Frieden und Gleichheit Ayman Odeh führt die Liste an.

Herr des Handelns ist aber unbestritten der Likud. Warum bestätigen die Wähler einen Politiker, der den wichtigsten Verbündeten kurz vorher vorgeführt und einer Zweistaatenlösung eine klare Absage erteilt hatte? Offensichtlich ist es Netanjahu gelungen, nicht nur seine Likud-Stammwählerschaft zu

mobilisieren, sondern breite Schichten der israelischen Bevölkerung hinter Licht zu führen. Dass Israel sich selbst weiterhin in die Isolation treibt, scheint die Mehrheit in Israel achselzuckend in Kauf zu nehmen.

Palästina reagiert diplomatisch

Präsident Mahmoud Abbas hat nach dem unerwarteten Sieg Netanjahus erklärt, dass die Autonomiebehörde mit jeder Regierung in Israel über den Friedensprozess und die Zweistaatenlösung zu verhandeln bereit sei. Er weiß allerdings auch, dass ohne die Herbeiführung einer soliden und nachhaltigen Aussöhnung unter den palästinensischen Fraktionen und die Vorbereitung der überfälligen Parlaments- und Präsidentenwahlen

in Palästina eine deutliche Glaubwürdigkeitslücke bleibt.

Er weiß vor allem: Er muss mit allen ihm zur Verfügung stehenden diplomatischen Mitteln dafür sorgen, dass die internationale Gemeinschaft früher oder später Druck auf Israel ausübt, auch Sanktionen gegen das Land verhängt, damit endlich der Weg für die Schaffung eines echten palästinensischen Staates bereitet wird. Auch die Anrufung des internationalen Strafgerichtshofes durch die Palästinenser gehört sicherlich zu den Mitteln, die notwendig sind, um weiteren Druck auf Tel Aviv zu erzeugen. Faktum ist: Ohne die Einwirkung von außen kann der Konflikt nicht gelöst werden.

Aref Hajjaj

Meldungen

Kritischer Blick auf Israel

Fünfzig Jahre nach Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Israel haben 36 Prozent der Deutschen eine gute Meinung, 48 Prozent hingegen haben eine schlechte Meinung über Israel. Unter den 18- bis 29-Jährigen sind es sogar 54 Prozent. Deutlich ablehnend ist die Haltung zur israelischen Regierung. 62 Prozent der Deutschen bewerten sie negativ. Das ergab eine Studie der Bertelsmann-Stiftung.

Der Studie zufolge bestimmt die Wahrnehmung des israelisch-palästinensischen Konflikts zunehmend das Israelbild der Deutschen. So erhoffen sich 84 Prozent der Israelis von der Bundesregierung eine politische Unterstützung ihrer Position im Nahostkonflikt. Jeder zweite Deutsche lehnt dies allerdings ab. 82 Prozent der Israelis wünschen sich deutsche Waffenlieferungen an ihr Land. 68 Prozent der befragten Deutschen sind dagegen.

Bertelsmann-Stiftung 2014

Deutsche Kriegsschiffe nach Israel

Vier Korvetten aus deutscher Produktion sollen nach Israel geliefert werden. Im Bundeswirtschaftsministerium wird über einen Finanzierungsbeitrag Deutschlands verhandelt. Das wurde in einer Pressekonferenz der Bundesregierung am 15. Dezember bestätigt. Der Regierungssprecher begründete die Lieferung mit der Verantwortung Deutschlands für die Sicherheit Israels. Einen Widerspruch zu dem Grundsatz, Kriegsmaterial nicht in Krisengebiete zu exportieren, sah er nicht. Korvetten können schwer bewaffnet werden. Ob sie sich eignen, Hilfschiffe für Gaza auf Hoher See zu überfallen oder Fischerboote vor der Küste des Gazastreifens zu beschießen, kam in der Pressekonferenz nicht zur Sprache.

Bundesregierung/kö

Krieg gegen Bauern

Mit Militärbulldozern durchpflügten israelische Soldaten östlich von Nablus im Norden des besetzten Westjordanlandes große Flächen Getreidefelder und entwurzelten mehr als 300 Olivenbäume. Viele palästinensische Bauernfamilien wurden dadurch geschädigt.

IMEMC 9. März 2015

Von der Anerkennung Palästinas als Staat

EU-Parlament auf dem Holzweg

Am 17. Dezember vorigen Jahres verabschiedete das Europäische Parlament eine Entschließung zur Eigenstaatlichkeit Palästinas. Zuvor hatte die Hohe Beauftragte für Außenpolitik, Federica Mogherini, darauf hingewiesen, dass für die Anerkennung von Staaten weder das Parlament noch die EU-Kommission zuständig seien, sondern die Mitgliedsländer. Und in den Mitgliedsländern nicht die Parlamente, sondern die Regierungen.

Mit der Entschließung bekräftigte das Parlament „seine nachdrückliche Unterstützung einer Zwei-Staaten-Lösung auf der Grundlage der Grenzen von 1967 mit Jerusalem als Hauptstadt beider Staaten, bei der ein in Sicherheit lebender Staat Israel und ein unabhängiger, demokratischer, zusammenhängender und lebensfähiger palästinensischer Staat auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts und der uneingeschränkten Achtung des

Völkerrechts in Frieden und Sicherheit nebeneinander bestehen“.

Eine Anerkennung der palästinensischen Eigenstaatlichkeit und die Zwei-Staaten-Lösung solle aber „mit der Weiterführung der Friedensgespräche einhergehen“. Die Entschließung wurde gemeinsam von fünf Fraktionen verfasst und vom Plenum mit 498 gegen 88 Stimmen bei 111 Enthaltungen verabschiedet. Sie entspricht weitgehend der bisherigen Beschlusslage. Besonders deutsche Abgeordnete hatten sich fraktionsübergreifend für die Kompromisslinie eingesetzt.

Worte allein bringen nichts

Die Bindung einer Anerkennung Palästinas als Staat an (erfolgreiche) Friedensgespräche missachtet jahrzehntelange Erfahrungen und setzt die Fehler der Vergangenheit fort. Die krasse Asymmetrie der Machtverhältnisse zwischen Israel und Palästina und damit die Asymmetrie

jeglicher Verhandlungen bringt für die Palästinenser nur Nachteile, insbesondere immer neue Siedlungen im Westjordanland und in Ostjerusalem.

Umso wichtiger wäre ein kräftiges Signal aus dem Parlament gewesen. Dass die Aufforderung an die Palästinenser, ihre innere Spaltung zu überwinden und die Autorität der Einheitsregierung zu stärken, und die oft wiederholte Verurteilung des Siedlungsbaus als völkerrechtswidrig mehr bringen, muss bezweifelt werden.

Immerhin will die EU im Friedensprozess eine aktivere Rolle spielen. Die Abgeordneten wollen eine Initiative „Parlamentarier für den Frieden“ ins Leben rufen: Das Parlament will europäische, israelische und palästinensische Parlamentsmitglieder zusammenbringen, um die diplomatischen Bemühungen der EU zu unterstützen. Auch diese gut gemeinte Initiative dürfte erfahrungsgemäß ohne Unterstützung durch

härtere Maßnahmen kaum genügend Einfluss auf die israelische Regierung ausüben.

Schwedens mutiger Schritt

Bereits am 30. Oktober 2014 hatte die schwedische Regierung Palästina als Staat anerkannt. Zudem haben die Parlamente Frankreichs, Großbritanniens, Irlands, Portugals und Spaniens ihre Regierungen aufgefordert, die Anerkennung Palästinas auszusprechen. Deutschland sucht man unter diesen Ländern vergeblich.

In Schweden war eine völkerrechtliche Beurteilung der palästinensischen Gebiete vorausgegangen. Das Ergebnis in Kurzform: Es gibt ein Territorium, ein Volk und eine arbeitsfähige Regierung. Damit sah die schwedische Regierung die völkerrechtlichen Voraussetzungen für einen Staat als erfüllt an.

Schweden liegt in der Zielvorstellung einer Zwei-Staaten-Lösung

auf der Linie des EU-Parlaments. Wie ein Gegenprogramm zu dessen oben beschriebener Entschließung liest sich aber seine Begründung für die Anerkennung: Erstens will Schweden diejenigen moderaten Kräfte bei den Palästinensern unterstützen, die bald wieder Verhandlungen zu führen haben. Zweitens will es Verhandlungen dadurch erleichtern, dass die Parteien durch die Anerkennung weniger ungleich sind. Und schließlich soll den jungen Palästinensern und Juden Hoffnung und Glaube an die Zukunft gegeben werden, um sie von Radikalisierung fern zu halten.

Schweden und viele weitere europäische Staaten haben aus der Vergangenheit gelernt, dass krass asymmetrische Verhandlungen nur die stärkere Seite begünstigen. Das EU-Parlament insgesamt und Deutschland scheinen noch nicht lernfähig zu sein.

Karl-Otto Körber

Vom Alltag in Ostjerusalem

Wenn man eine Katze in die Ecke drängt

Es ist 4.30 Uhr, Sonntagmorgen am Kalandia Checkpoint – der größten Kontrollstelle zwischen Ramallah im Westjordanland und Jerusalem. Für viele Palästinenser beginnt die Arbeitswoche. Dreimal pro Woche werden zwei aus unserem Jerusalem-Team mit dem Taxi abgeholt, um den Checkpoint zu beobachten. Heute Morgen bin ich an der Reihe. Die ersten neunzig Minuten werde ich auf der Jerusalemer Seite stehen und die Menschen zählen, die durch den Checkpoint kommen.

Danach wechsele ich auf die Ramallah-Seite, um dort „Zeitkarten“ zu verteilen, damit wir erfahren, wie lange es dauert, hindurch zu gehen. In den zwei Monaten, die ich den Checkpoint nun beobachte,

brauchten die Männer, Frauen und Kinder zwischen fünfzehn und neunzig Minuten. Wegen Verzögerungen verpassen sie Arzttermine, kommen zu spät zur Arbeit, zur Schule, zur Kirche und zur Moschee.

Am Checkpoint angekommen, müssen sich alle in einer Art Viehgatter der Reihe nach anstellen. Es gibt drei Gatter mit Warteschlangen. Wenn eines geschlossen wird, müssen sich alle wieder neu anstellen, um durch ein Drehkreuz zum Sicherheitsfenster zu gelangen. Hier werden Ausweis, Reise- oder Arbeitserlaubnis überprüft.

Folgen eines gewaltsamen Todes

Gewöhnlich ist es auf der Jerusalemer Seite recht ruhig. Doch heute Morgen ist es anders. Ich bin noch

keine zehn Minuten am Checkpoint, da halten fünf israelische Militärfahrer auf dem Parkplatz. An die 25 Soldaten springen heraus, richten ihre Waffen auf den Checkpoint – dorthin, wo die Autos passieren. Ich sehe den Menschen, die durch den Checkpoint kommen, an, dass sie heute angespannter sind. Weniger als sonst grüßen mich mit „Sabah ilkher“ (guten Morgen). Kurze Zeit später erfahre ich, dass eine Stunde zuvor der 21-jährige Mahmoud Abdullah 'Adwana im Flüchtlingslager Kalandia von israelischen Sicherheitskräften getötet wurde.

Als ich dann auf die Ramallah-Seite wechsele, sehe ich, dass sich die Menschenschlange im Gatter sehr langsam bewegt. Die Uhr tickt und viele wollen endlich los zur Arbeit. Normalerweise sind es ab sieben Uhr nur noch rund 35 bis fünfzig Leute, die warten. Heute sind es 200. Sobald sich eines der Drehkreuze bewegt, fangen die Männer an zu drängeln, um durchzukommen, bevor es wieder anhält. Ein älterer Mann sieht mich an und sagt: „Sie behandeln uns wie Tiere, und nun fangen wir an, uns auch wie Tiere zu benehmen“.

Als meine Schicht zu Ende geht, muss ich auf die Jerusalemer Seite zurückkehren. Ich stelle mich in der „Humanitarian Line“ an. Das ist die Schlange für Frauen, Lehrer und Studenten. „Das wird niemals aufhören. Die Palästinenser haben

Sind Sie interessiert?



Beispiel in Bethlehem, Jerusalem, Hebron, Yanoun oder im Jordantal? Informationsmaterial und Bewerbungsunterlagen erhalten Sie beim Berliner Missionswerk, bei Pax Christi oder bei der Evangelischen Mission in Solidarität. Am einfachsten geht es über www.eappi-netzwerk.de. Bewerbungen sind zunächst bis zum 30. April möglich.

Sind Sie zwischen 25 und 70 Jahre? Möchten Sie auch am Ökumenischen Begleitprogramm für Palästina und Israel (EAPPI) teilnehmen? Möchten Sie einmal für drei Monate die Situation der Menschenrechte an einem der vielen Brennpunkte in der Region beobachten, zum

einen Willen, aber keine Macht. Israel hat all die Macht, aber keinen Willen“, sagt eine ältere Frau neben mir, während wir beide darauf warten, von dem jungen Soldaten hinter dem Sicherheitsfenster durchgelassen zu werden. Die Frau ist auf dem Weg zur Arbeit als Sozialpädagogin in einer Schule. Sie hätte bereits um 7.00 Uhr da sein sollen, jetzt ist es 7.25 Uhr.

Als ich an diesem Morgen im Bus zurück nach Jerusalem sitze, bekomme ich eine dringende SMS von unserem Büro: Es gab Auseinandersetzungen zwischen Palästinensern und israelischen Sicherheitskräften am Checkpoint. Ich erinnere mich daran, was mir ein Palästinenser wenige Wochen zuvor gesagt hatte: „Wenn man eine Katze in die Ecke drängt, sie schlägt und nicht frei bewegen lässt, dann wird sie zum Tiger. Das ist es, was mit uns passiert“. Wieder einmal frage ich mich, ob es jemals Frieden in diesem Land geben wird.

Debbie Hubbard



Debbie Hubbard

Foto: privat

Debbie Hubbard (57) stammt aus Alberta in Kanada. Bis Januar 2015 war sie drei Monate lang Menschenrechtsbeobachterin des Ökumenischen Begleitprogramms für Palästina und Israel (EAPPI) in Ostjerusalem. Ihre Erfahrungen aus dieser Zeit hat sie in dem Blog <https://keepingmyeyeswideopen.wordpress.com> veröffentlicht.



Warten am Checkpoint Kalandia

Foto: ck

Pressestimmen

Zum Wahlergebnis vom 17. März**Süddeutsche Zeitung**

19. März „Doch wichtiger als die sozialen Fragen war den Wählern das Versprechen Netanjahus, sie vor allen äußeren Bedrohungen zu schützen. Er bietet ihnen ein Rezept gegen die Angst, die er zuvor selber geschürt hat. ... Nötig ist dann aber auch eine ehrliche Auseinandersetzung mit dem israelischen Verbündeten, in dem Streitigkeiten wie die um den Siedlungsbau offen ausgetragen werden – in den bilateralen Beziehungen ebenso wie im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen.

Die Partner haben das Recht, sich abzugrenzen. Es ist kein Verrat an Israel, Distanz zur Regierung Netanjahu zu demonstrieren. Im Gegenteil: Das sind die Verbündeten nicht nur ihrer eigenen Glaubwürdigkeit schuldig, sondern auch jenen vielen Israelis, die nicht Netanjahu gewählt haben.“

Frankfurter Allgemeine

19. März „Der Graben zwischen säkularen und religiösen Israelis wird tiefer werden und das Land seinen Partnern entfremden. Netanjahu braucht für eine Regierungsmehrheit die beiden strenggläubigen

Parteien. ... Die Gefahr ist groß, dass sich die neue Regierung wieder von der ultraorthodoxen Minderheit erpressen lässt.“

General-Anzeiger

Bonn

19. März „Der Likud-Chef muss nun die Scherben zusammenkehren. Auf Kosten der Beziehungen zu den USA, zu Europa und zu der arabischen Minderheit in Israel selbst, immerhin 20 Prozent der Bevölkerung, hat er im Endspurt viel Porzellan zerschlagen. ... Netanjahu muss nun beweisen, dass er die Macht nicht nur um der Macht Willen hat.“

Zitiert

„Der Westen beging den Holocaust gegen die Juden in Europa, jedoch die Palästinenser bezahlen immer noch einen historischen Preis dafür. ... Wir unterstützen Israels Existenzrecht, aber zugleich verurteilen wir die israelischen Verstöße gegen internationales Recht, seine Weigerung, die legitimen palästinensischen

Rechte anzuerkennen und seine wiederholten Kriege gegen die Palästinenser, wobei unschuldige Bürger am Ende einen hohen Preis zahlen.“
Erzbischof Desmond Tutu, Träger des Friedensnobelpreises seit 1984, anlässlich der Woche der israelischen Apartheid Anfang März in Südafrika

Unverändert aktuell: JERUSALEM – THE EAST SIDE STORY

Dokumentarfilm von Mohammed Alatar,
Palästina 2008, 57 Min.,
mit deutschen Untertiteln, DVD

Verkauf oder kostenloser Verleih
mit Vorführrecht:

www.evangelische-medienzentralen.de/www.ezef.de

Aus unserer Besprechung in PIZ Nr. 3 vom Juli 2013: Alatars Dokumentarfilm über Ostjerusalem beleuchtet die verheerenden Auswirkungen der israelischen Besatzungspolitik auf die palästinensischen Bewohner. Im Film kommen neben Bewohnern Jerusalems israelische und palästinensische Politiker, Menschenrechtsaktivisten und politische Beobachter zu Wort.

Viele Gründe für Widerstand

Hoffnungslos in Jerusalem

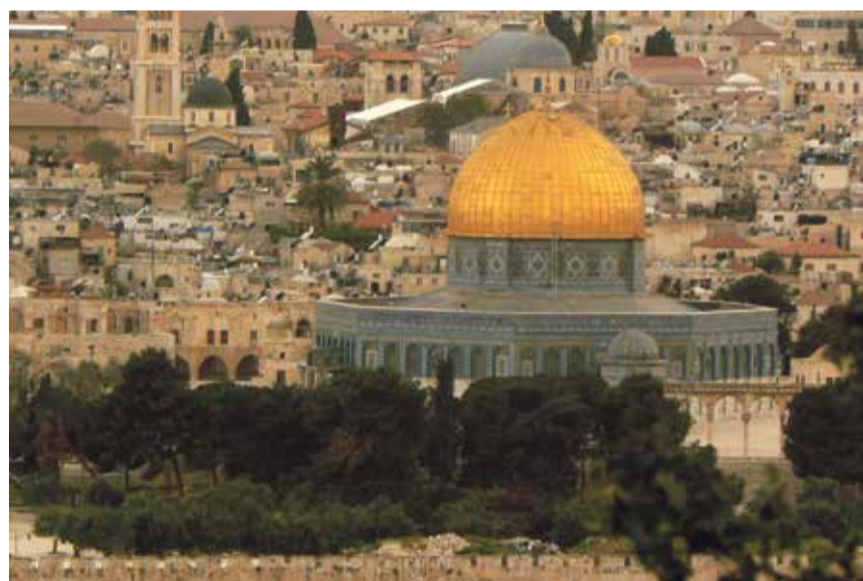
Sommer 2014 in Jerusalem. In der palästinensischen Bevölkerung der Stadt gärt es. Anfang Juli war der 16-jährige Muhammad Abu Khdeir vor seinem Haus in Shuafat in Ostjerusalem von drei jüdischen Extremisten gekidnappt und bestialisch ermordet worden. Die Tat geschah einen Tag nach der Beerdigung von drei jüdischen Jugendlichen. Sie waren zuvor bei Hebron verschleppt und von ihren palästinensischen Entführern erschossen worden. Nach der Beisetzung Abu Khdeirs brachen in Ostjerusalem Unruhen aus.

Bei einer Demonstration wurde Tariq Abu Khdeir, der 15-jährige Cousin des Mordopfers, von Sicherheitskräften zusammengeschlagen. Die Polizei nahm in diesen spannungsreichen Tagen 760 Palästinenser fest, darunter 250 Minderjährige. Doch Ostjerusalem kam nicht zur Ruhe. Vor dem Hintergrund des Gaza-Krieges kam es fast täglich zu Demonstrationen. Die Gründe für die Unzufriedenheit jedoch liegen tiefer, nämlich in einer umfassenden und strukturellen Diskriminierung der palästinensischen Bevölkerung in Jerusalem, in Perspektivlosigkeit und Verzweiflung.

Besonders dramatisch ist die Wohnungsnot. Nur 14 Prozent der Fläche in Ostjerusalem ist für den Wohnungsbau ausgewiesen. Doch selbst diese Fläche wird nur zu 25 bis 50 Prozent ausgeschöpft, denn die Palästinenser erhalten in der Regel keine Baugenehmigungen. Sie dürfen weder neue Häuser bauen noch bestehende Häuser erweitern. Bauen sie dennoch und ohne Genehmigung, droht der Abriss. Seit 1967 wurden in Ostjerusalem mindestens zweitausend illegal errichtete Häuser zerstört, die gegen den Willen Israels als illegaler Besatzungsmacht errichtet worden waren. Die Folgen sind zunehmende Enge und Verdrängung. Nach Angaben des UN-Büros für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (Office for the Coordination of Humanitarian Affairs - OCHA) könnten in Zukunft 90.000 Menschen in Ostjerusalem ihr Obdach verlieren, wenn die Bulldozer anrücken.

Zerstörte Häuser – zerstörte Hoffnungen

Bedroht sind vor allem zentral gelegene Viertel wie Sheikh Jarrah und Wadi Joz zwischen Altstadt und Scopus-Berg. Mit ihrem Bestand



Blick über den muslimischen Felsendom auf die Altstadt Foto: Sabine Werner

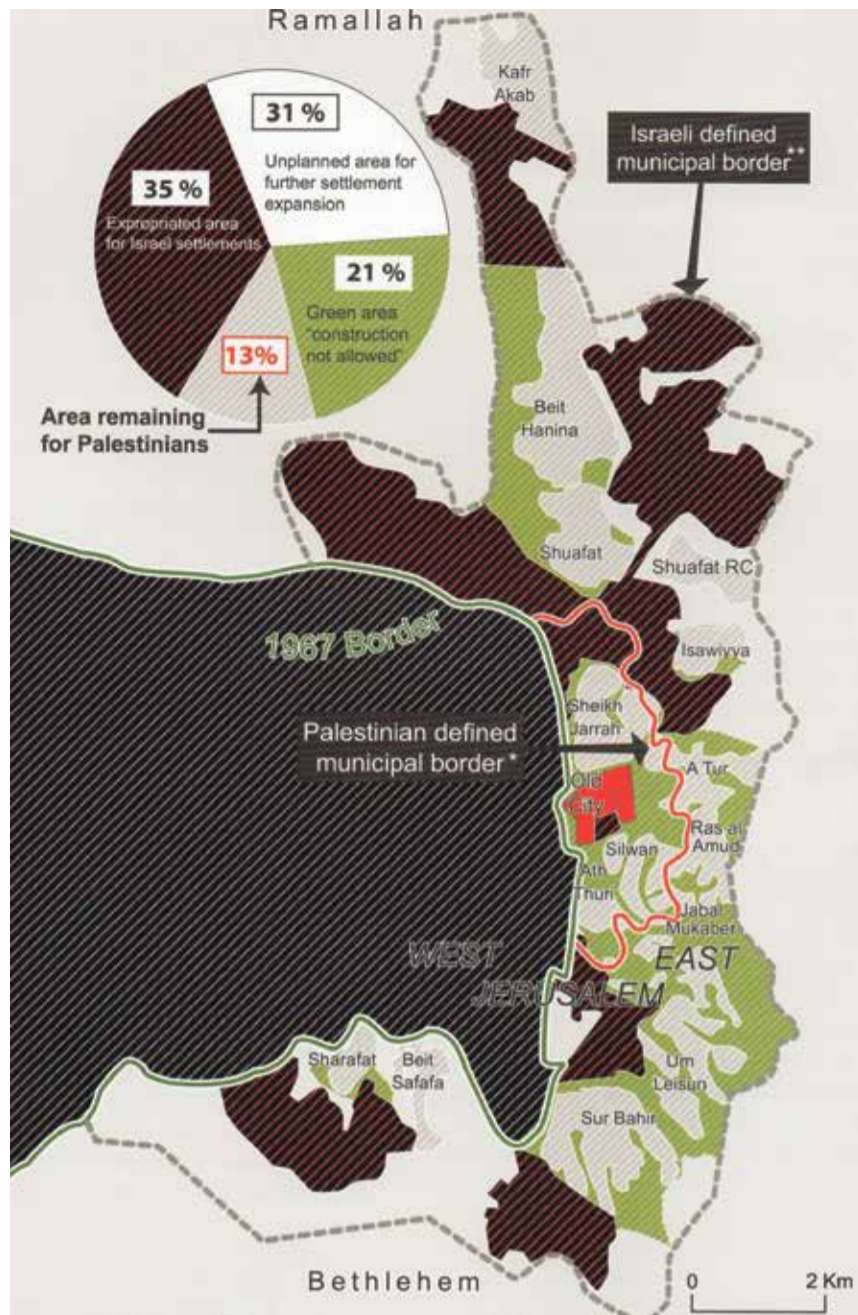
Eingeschränktes Leben

Marode Wasser- und Stromleitungen, keine Postzustellung – Palästinenser in Ostjerusalem müssen in der „auf ewig ungeteilten Hauptstadt Israels“ auf zahlreiche städtische Leistungen verzichten, die für die jüdischen Einwohner der Stadt selbstverständlich sind. Ihre Viertel sind vernachlässigt und die Straßen in schlechtem Zustand, obwohl auch sie Steuern zahlen. Es fehlt an Schulen und Kindergärten, an Jugendeinrichtungen und Sozialämtern. Die sechs palästinensischen Krankenhäuser Ostjersalems leiden unter chronischem Geldmangel, die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung ist bei weitem nicht ausreichend.

an alten und großzügigen arabischen Villen wecken sie die Begehrlichkeit von israelischen Siedlern. In den letzten 15 Jahren wurden zahlreiche Häuser von Siedlern besetzt und ihre palästinensischen Bewohner vertrieben.

Eines von mehreren Beispielen: Die Familie Al-Kurd wurde 2008 aus ihrem Haus geworfen. Das Oberste Israelische Gericht entschied zugunsten der Siedler. Zur Begründung hieß es, die Häuser hätten vor der Entstehung des Staates Israel und der anschließenden Teilung der Stadt jüdischen Familien oder Institutionen gehört. Die israelische Organisation gegen Hauszerstörungen (Israeli Committee Against House Demolitions

Illegale Eingriffe in Ostjerusalem



Übersetzung und Erläuterung der Karte

- 35 % Enteignet für jüdische Siedlungen
- 31 % Reserve für künftige Siedlungen
- 21 % Naturschutzgebiet
- 13 % Restgebiet der Palästinenser

— Waffenstillstandslinie zwischen Israel und Jordanien von 1949. Die Eroberung des Westjordanlandes östlich dieser Grenze im Sechstagekrieg vom 5. bis zum 10. Juni 1967 hat völkerrechtlich nicht zu einer Souveränität Israels über dieses Gebiet geführt.

— Altstadt

— Stadtgrenze Ostjersalems unter jordanischer Herrschaft von 1950 bis 1967

— Grenze des von Israel zwischen 1967 und 1993 illegal in das Westjordanland hinein erweiterten Stadtgebiet. Im Jerusalemgesetz vom 30. Juli 1980 erklärte Israel Gesamtjerusalem zu seiner Hauptstadt. Damit annektierte es auch Teile des Westjordanlandes. Der UN-Sicherheitsrat erklärte diesen Vorgang in seiner Resolution 478 vom 20. August 1980 für null und nichtig. Alle 13 Botschaften zogen daraufhin von Jerusalem nach Tel Aviv.

Quelle: Kartenoriginal PLO 2014 (weitere Karten zum Beispiel auf www.ir-amim.org)

- ICAHD) spricht dagegen von „ethnischer Säuberung und Judaisierung“ Jerusalems. Heute leben in besetzten Teil der Stadt etwa 200.000 Siedler neben 300.000 Palästinensern. Insgesamt hat Jerusalem rund 815.000 Einwohner.

Archäologie im Dienste des Zionismus

Die „Judaisierung“ Jerusalems ist auch auf anderen Ebenen spürbar. So wird die Archäologie immer mehr in den Dienst der israelischen Nationalisten gestellt. Ausgrabungen sollen die Kontinuität der jüdischen Besiedlung belegen und dadurch den zionistischen Anspruch auf Jerusalem untermauern. Gleichzeitig wird die muslimische Geschichte von Al Quds (arabischer Name für Jerusalem) verdrängt und der palästinensische Anspruch auf den Ostteil der Stadt untergraben.

Vor den Toren der Altstadt ist mit der sogenannten „Stadt Davids“ in den letzten Jahren ein archäologisches Disneyland entstanden. Im Auftrag der Regierung wird es von der rechtsextremen Siedlerorganisation Elad betrieben. Es liegt im dicht besiedelten und besonders ärmlchen palästinensischen Viertel Silwan. Dort leben inzwischen rund fünfhundert Siedler unter 50.000

Palästinensern. Im Jahr 2010 präsentierte der Bürgermeister Jerusalems Nir Barkat seinen Plan, in dem Viertel einen Park zur Erinnerung an König David anzulegen. Um dieses Projekt zu realisieren, müssten 88 palästinensische Wohnhäuser zerstört werden.

Außerhalb der Mauern

Katastrophal ist die Lage auch in mehreren Stadtvierteln, die zwar seit der Ausweitung der Stadtgrenzen nach der Eroberung im Jahr 1967 zu Jerusalem gehören, aber inzwischen außerhalb der Mauer liegen. Sie wurden durch den Bau des neun Meter hohen Betonwalls in den letzten zehn Jahren vollkommen von Jerusalem abgeschnitten.



Bettina Marx Foto: privat

Rund 100.000 Palästinenser erhalten nun keine städtischen Dienstleistungen mehr. Seit Monaten ist ihre Versorgung mit fließendem Wasser unterbrochen. In ihren Vierteln gibt es nur drei Schulen, keine Müllabfuhr, keine Postausgabe, keine Straßenlaternen und keine Polizei. Kinder, die auf der anderen Seite der Mauer zur Schule gehen, müssen lange Wege in Kauf nehmen und Checkpoints passieren, genauso wie Arbeitnehmer, die in Jerusalem arbeiten. Die Menschen in diesen Vierteln leben nun in einem neu geschaffenen Niemandsland zwischen dem Westjordanland und Jerusalem, zwischen palästinensischer Autonomieregierung und Israel.

Eine Besserung der Lage für die Palästinenser in Ostjerusalem ist nicht absehbar, denn Israel erkennt sie nicht als gleichberechtigte Bürger an. Sie sind lediglich geduldete Bewohner ihrer Stadt: staatenlos, schutzlos und rechtlos.

Bettina Marx

Dr. Bettina Marx arbeitet seit 1993 als Journalistin und ist seit 2003 für den ARD-Hörfunk tätig. Fünf Jahre lang war sie Korrespondentin für Israel und die palästinensischen Gebiete. Seitdem reist sie regelmäßig für Recherchen in die Region.

Die UNO zu Ostjerusalem

„Alle legislativen und administrativen Maßnahmen und Handlungen Israels als Besatzungsmacht, die den Charakter und den Status der Heiligen Stadt Jerusalem ändern sollen, haben keine rechtliche Gültigkeit. Sie stellen eine krasse Verletzung der Vierten Genfer Konvention über den Schutz von

Zivilpersonen im Krieg dar und ebenso eine ernste Behinderung eines umfassenden, gerechten und dauerhaften Friedens im Nahen Osten.“

Aus der Resolution 476 des UN-Sicherheitsrates vom 30. Juni 1980 über die von Israel besetzten Gebiete.

Das UN-Büro UNOCHAopt für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten in den besetzten Gebieten nannte im August 2014 u. a.

folgende menschenrechtliche Hauptprobleme in Ostjerusalem:

- Palästinensische Einwohner von Ostjerusalem haben keinen sicheren



Aufenthaltsstatus. Seit 1967 wurde mindestens 14.000 Palästinensern von den israelischen Behörden das Aufenthaltsrecht entzogen.

- Für mindestens ein Drittel aller palästinensischen Wohnungen in Ostjerusalem fehlt eine israelische Baugenehmigung, die nur schwer zu erhalten ist. Dadurch leben über 90.000 Einwohner unter der

Drohung der Vertreibung mit entsprechenden psychologischen Auswirkungen.

- Seit 1967 haben die israelischen Behörden etwa 2.000 Häuser in Ostjerusalem zerstört.
- Mehrere hundert palästinensische Einwohner von Ostjerusalem leben unter der Drohung, von Siedlern vertrieben zu werden, besonders in der Altstadt, in Silwan und in Sheikh Jarrah.
- Zehntausende palästinensischer Einwohner Ostjersalems sind

durch die Grenzmauer vom Stadtzentrum ausgesperrt. Sie müssen überfüllte Kontrollpunkte passieren, um Krankenhäuser, Schulen und andere Dienstleistungen zu erreichen, die ihnen als Bürger von Jerusalem zustehen.

- Rund 298.000 Palästinenser leben gegenwärtig in Ostjerusalem, dazu 200.000 israelische Siedler. Die Siedlungen wurden seit 1967 völkerrechtswidrig gegründet und erweitert.

Übersetzung aus dem Englischen von kö

Fußballspielerin auf beiden Seiten der Mauer

Eine Israelin spielt in der palästinensischen Frauenfußball-Nationalmannschaft. Und so locker wie sie mit dem Ball umgeht, umgeht sie alle Hindernisse von Grenzen, Diskriminierung und Tradition.

Wala Hussein wächst in einer palästinensischen Familie in der Nähe von Akko auf. Sie begeistert sich mit väterlicher Unterstützung und gegen brüderliche Widerstände für Fußball. Mit ihrem Talent landet sie bald im Spitzenbereich des israelischen Nachwuchses. Ihr Studium führt sie ins Westjordanland und dort in die palästinensische Nationalmannschaft. Während sie weiter in der ersten israelischen Liga spielt.

So kurvt sie mit ihrem schrottreifen Auto auf beiden Seiten der palästinensisch-israelischen Realität. Während der Leser auf jeder Seite um sie zittert, meistert Wala unbekümmert mit ihrer Leichtigkeit Beschwerden aller Art. Eine sehr ungewöhnliche Perspektive auf das Leben zwischen Jordan und Mittelmeer. „Ich bin Araberin, Palästinenserin und Israelin, aber zuallererst bin ich ein Mensch“, sagt Wala.

Die junge deutsche Journalistin Noemi Schneider kommt bei ihrer ersten Nahost-Reise zufällig in Kontakt mit Wala. Hat den Mut, die zerbrechlichen Fäden des Kontaktes immer wieder aufzunehmen und sich auf Wala's unberechenbaren Alltag einzulassen. Den schildert sie gänzlich unprätentiös. Deshalb wirkt das Buch so authentisch und ungemein spannend. Wie Wala's Leben. Und der Fußball. Extrem empfehlenswert – für Jung und Alt.

ck



Noemi Schneider: **Kick it, Wala!** Das Mädchen, das über Grenzen geht, Droemer Knauer, München 2013, 270 Seiten, 16,99 Euro

Videotipps für You Tube

ARTE Reportage Israel: Der Streit ums Öl in Palästina

ab Minute 19:00: Sendung vom 29.11.2014 über die wirtschaftliche Ausbeutung der Rohstoffe wie Wasser, Land, Bausand, Mineralien aus dem Toten Meer und neuerdings Öl auf palästinensischem Gebiet durch jüdisch-israelische Unternehmen, 22'.

WDR HD Die Story - Five Broken Cameras

Oscarnominierter Dokumentarfilm über den gewaltlosen Protest des Dorfes Bil'in im Westjordanland gegen Mauer- und Siedlungsbau, deutsche gekürzte Fassung 2014, 44'.

Closed Zone: 90 animated seconds on the closure of Gaza | Gisha Eindrücklicher Zeichentrickfilm über das Eingesperrtsein der Menschen in Gaza durch die israelische Blockade von israelischer Menschenrechtsorganisation GISHA, 1'30.

Make this the year YOU discover a new destination

Videosatire des britischen Graffiti-Künstlers Banksy über Gaza, 2015, 1'55.

After Banksy: the parkour guide to Gaza

Jugendliche Akrobaten in Gaza zeigen, wie sie leben, 2015, 2'33. Der jeweilige Titel ist im Suchfeld von You Tube einzugeben. ck

Die Sackgassen des Nationalzionismus

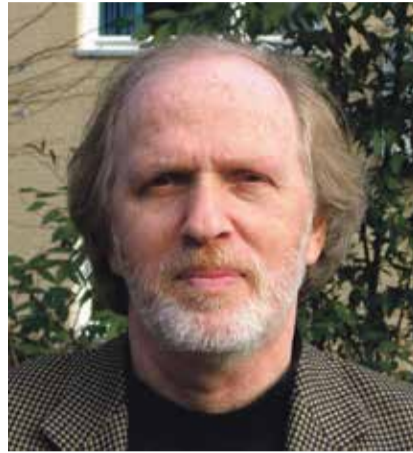
Israels Unfähigkeit zum Frieden

Der Gaza-Krieg im Sommer 2014 hat Israel nicht nur viel Prestige gekostet. Er wirft tiefer gehende Fragen zur Zukunft des zionistischen Projektes auf. Um diesen Problembereich geht es Moshe Zuckermann in seinem neuen Buch. Es hat den Zionismus als Israels Schicksal zum Thema. Die Analysen und Prognosen des jüdisch-israelischen Professors für Geschichte und Philosophie an der Universität Tel Aviv für die Zukunft des jüdischen Staates fallen im Ergebnis äußerst pessimistisch aus.

Er stellt vor allem die Frage, warum die politische Führung des Staates Israel und die große Mehrheit seiner jüdischen Bevölkerung so verblendet sind, dass sie nicht sehen können oder wollen, wie die Zeit gegen das zionistische Projekt arbeitet. Die Antwort des Autors: Israel ist von einer tief liegenden Angst beherrscht, von dem Erschrecken, dass das gesamte zionistische Projekt vor seinem Ende stehen könnte. Als Gründe für diese düstere Prognose führt der Autor zuerst eine sozusagen mit objektiver Notwendigkeit sich vollziehende Entwicklung an.

Wenn Israel die Beendigung des Konflikts mit den Palästinensern durch die Zwei-Staaten-Lösung ablehnt und auch die Errichtung eines binationalen Staates verwirft, in dem Juden und Palästinenser als gleichberechtigte Bürger gemeinsam leben würden, bleibt nur die dritte Option: ein Apartheidstaat. Darin würde infolge des größeren Zuwachses der palästinensischen Bevölkerung eine jüdisch-israelische Minderheit die

palästinensische Mehrheit diktatorisch beherrschen. Eine solche nur theoretisch denkbare Lösung würde weder von den Palästinensern noch von den Staaten des Westens akzeptiert. Jede dieser Optionen würde das Ende des Zionismus bedeuten.



Moshe Zuckermann Foto: privat

Israel hat sich durch seine Besatzungspolitik also selbst in die politische Sackgasse manövriert, aus der es nun keinen Ausweg mehr gibt. Die israelische Politik ist hin- und hergerissen zwischen der Einsicht, dass der Rückzug aus den besetzten Gebieten notwendig ist, um die Zukunft des Staates zu sichern, einerseits und der Angst vor dem Frieden und dem Preis, den man dafür zahlen muss, andererseits. Deshalb passiert gar nichts. Das hat eine apolitische Stagnation zur Folge, die den Druck des Dilemmas aber nur stetig vergrößert.

Zuckermann benennt auch ganz deutlich den Kern dieses Dilemmas: Israel will den Frieden nicht, weil

er ein Bruch mit seinem Selbstbild wäre. Denn die beiden Grundzüge des Zionismus sind Expansion durch die Eroberung von Boden und die Ideologie, dass nur die Juden Opfer sind. Diese Opferideologie führt aber automatisch zu der Unmöglichkeit, andere als Opfer anzuerkennen. Und so muss die israelische Politik verdrängen, was sie in Jahrzehnten den Palästinensern an furchtbarem Unrecht angetan hat.

Würde Israel sein Feindbild aufgeben und die Palästinenser entdämonisieren, müsste es sich mit der eigenen Schuld auseinandersetzen. Das geht nicht. Dafür sind die psychischen und ideologischen Hürden viel zu hoch. Das Selbstbildnis des Zionismus muss intakt und sauber bleiben. Aber unter dieser Voraussetzung ist ein Ausgleich mit den Palästinensern nicht möglich.

Zuckermann hat in seinem neuen Buch eine glänzende und tabulose Analyse der zionistischen Ideologie, ihrer Grundannahmen und Widersprüche vorgelegt. Man versteht nach der Lektüre, warum der Frieden im Nahen Osten unmöglich ist.

Arn Strohmeier



Moshe Zuckermann: **Israels Schicksal. Wie der Zionismus seinen Untergang betreibt**, Promedia Verlag, Wien 2014, 224 Seiten, 17,90 Euro

Er ist ganz nah dran

Der Titel macht neugierig. Und in der Tat, das Buch fesselt von der ersten Seite an. Da ist vor allem die frische, unverbrauchte Sprache. Der bekannte Reiseautor kommt manchmal geradezu frech daher. Er nimmt dabei auch keine Rücksicht auf eventuelle Empfindlichkeiten seiner Leser bei sexuellen oder religiösen Themen.

Altmann bereist Städte und Dörfer. Er besucht verschiedene Projekte, spricht mit Vertretern aller drei Religionen, mit Friedensaktivisten und Freiheitskämpfern. Immer versucht er zu verstehen, was die Menschen bewegt, woher ihr Hass kommt oder ihre Motivation, sich für Aussöhnung einzusetzen.

Auf dem Bucheinband beschreibt der Autor seine Absicht bei dieser Reportage: „Ich will über Palästina nichts als Geschichten erzählen, weil mich jede Illusion – die Antwort zu finden – längst verlassen hat. So schreibe ich Geschichten von den einen, die andere quälen und erniedrigen, und den anderen, die gequält und erniedrigt werden. Und Geschichten von Heldinnen und Helden, die es zäh und beherzt mit ihrer Wirklichkeit aufnehmen.“ Er schreibt verdammt gute Geschichten!

Marius Stark



Andreas Altmann: **Verdammtes Land - Eine Reise durch Palästina**, Piper, München 2014, 304 Seiten, 19,90 Euro. <http://www.piper.de/buecher/verdammtes-land-isbn-978-3-492-05624-3>

Zwei Filme gegen Einseitigkeit im Geschichtsunterricht

Was passierte 1948? „Unsere Staatsgründung“, freuen sich jüdische Schüler in Israel. „Die Katastrophe: Al Nakba, Vertreibung und Flucht“, klagen palästinensische Schüler. Und deutsche Schüler und Lehrer? Sie bringen beides auch kaum zusammen. Die Aufklärung über die Perspektive der Palästinenser ist in der Schule wie in der deutschen Öffentlichkeit immer noch Mangelware. Sie wird sogar als Tabubruch angeprangert, wie gerade wieder die Verunglimpfung der Bremer Nakba-Ausstellung in der Lokalpresse offenbart. Deswegen sind die Filme samt Begleitmaterial von Stefanie Landgraf und Johannes Gulde über die Begegnung junger Deutscher mit den Menschen in Israel und Palästina von so hohem Wert.

1. Zu Gast bei palästinensischen Flüchtlingen im Libanon und im Westjordanland

„Was ist Heimat? Für die fünfte Generation im Lager?“, fragt sich Yasmin aus München beim Tagebuchschreiben am libanesischen Mittelmeersstrand. Die Abiturientin ist mit dem Rapper ENZ unterwegs, um palästinensische Flüchtlingsfamilien ausfindig zu machen, die ihr Vater in den 1980er Jahren gefilmt hat.

Die Kamera folgt den beiden durch die engen Gassen zweier palästinensischer Flüchtlingslager in Beirut mit je 30.000 Bewohnern, in die gastfreundlichen Wohnzimmer, wo sie die alten Filmaufnahmen zeigen, bis nach Ramallah im besetzten Westjordanland, wo das Waisenmädchen von damals heute die Frauenunion leitet. Yasmin und ENZ finden die meisten Porträtierten. Sie

erfahren, wie nicht nur die Alten immer noch auf ihre Rückkehr hoffen, dass sie den bewaffneten Widerstand kritisch reflektieren und wie sie zwischen Juden und Zionisten unterscheiden.

„Wer ist hier Opfer? Und wer ist Terrorist?“ heißt es in einem Song von ENZ, der HipHop mit einheimischen Rappern macht. Sie leisten Widerstand nicht mehr militärisch, sondern mit Musik. Und mit Tanz und Theater wie die Schauspielstudenten des Freedom Theatre in Jenin. Sie thematisieren auf der Bühne die Gewalt der israelischen Soldaten und Siedler, das Eingesperrtsein hinter Trennungsaun und Mauer und die dauernden Kontrollen an den Checkpoints.

Yasmin und ENZ auf ihrer Spurensuche über die Schulter zu schauen, motiviert dazu, sich intensiver der Flüchtlingsproblematik zu widmen. Sie ist für die Palästinenser eine Kernfrage. Die wurde aber bei den Friedensverhandlungen von Israel immer ausgeklammert, obwohl die UNO den Palästinensern ein Recht auf Rückkehr in ihre Heimat ausdrücklich zugesteht.

Dazu enthält der Film im ROM-Teil der DVD ausgezeichnetes



„Wo bitte geht's nach Palästina?“, Dokumentarfilm von Stefanie Landgraf und Johannes Gulde, Deutschland 2012, 100 Min., DVD mit Begleitmaterial (Medienpaket) für Schulen mit Vorführrecht 69,90 Euro; nur Film-DVD ohne Medienpaket an privat 12,00 Euro www.filmsortiment.de und www.terrmedia-online.de

Hintergrundmaterial, didaktisch aufbereitet, Filmtext, Artikel von Historikern, Korrespondenten, Theologen Landkarten, Recherche-Tipps und Arbeitsblätter für den Unterricht. ck

2. Eine ungeheuerliche Reise

Geschichtsschreibung ist ein Machtinstrument. Und eine Sache der Perspektive. Deswegen schrieben der israelische Psychologieprofessor Dan Bar On und sein palästinensischer Freund, Pädagogikprofessor Sami Adwan, ein neues Geschichtsbuch für die Schulen. „Das Historische Narrativ des Anderen kennen“ hieß ihr Projekt mit Modellschulen.

Leider wird ihr Buch kaum benutzt. Wenigstens gibt es diesen außerordentlich gelungenen Film über zwölf junge Deutsche, die auf ihrer Begegnungsreise durch Israel und das besetzte Westjordanland das besagte Schulbuch im Gepäck haben. Und was Geschichte und Gegenwart für die Zuschauer lebendig macht, sind ihre Reaktionen auf die Augenzeugen in der Krisenregion.

Sie treffen zum Beispiel Daoud Nasser bei Bethlehem, der sich unter dem Motto „Wir weigern uns Feinde zu sein“ allein mit juristischen Mitteln der Gewalt jüdischer Siedler widersetzt. Und sie treffen die jüdische Familie Shahak, die eine Tochter durch ein palästinensisches Selbstmordattentat verloren hat und trotzdem heute mit Palästinensern zusammenarbeitet.

Zwei Friedensaktivisten sind die Begleiter der Deutschen: die Jüdin Lotty Camerman, deren Eltern Überlebende des Holocaust sind, und der Palästinenser Ali Abuawwad, der als Freiheitskämpfer in israelischen

Gefängnissen saß. Mit ihnen kann die Gruppe über das Leid der Juden und ihren Widerstand 1943 im Warschauer Ghetto genauso sprechen wie über das Leid der Palästinenser und ihren Widerstand, den sie heute gegen die Besatzung leisten.

Es gibt jetzt eine neue Fassung derselben Reise wie „Wir weigern uns Feinde zu sein“ von 2011 mit unveröffentlichtem Material. Unter dem Titel *Liebe Grüße aus Nahost* zeigt der Film zusätzlich etwa die Begegnung mit dem orthodoxen Juden Yehouda Shaoul von *Breaking the Silence* im militärischen Sperrgebiet südlich von Hebron. Er sagt: „Israel ist nicht willkommen in dieser Region, und wir müssen uns verteidigen können... Wer aber gibt uns das Recht, anderen Menschen ihre Freiheit zu rauben?“

Für die Bildungsarbeit gibt es Begleitmaterial mit dem erwähnten Schulbuch. Damit zu arbeiten, habe sich im Unterricht bereits hervorragend bewährt, sagen Filmautoren Stefanie Landgraf und Johannes Gulde. Der Film ist auch ein idealer Einstieg für die Erwachsenenbildung und zur Reisevorbereitung. ck



„Wir weigern uns Feinde zu sein“, Dokumentarfilm von Stefanie Landgraf und Johannes Gulde, 89 Minuten, Deutschland 2013, mit Medienpaket und Vorführrecht an Schulen 69,90 Euro über www.filmsortiment.de; nur DVD, 93 Min., unter dem Titel „Liebe Grüße aus Nahost“, an privat 15 Euro unter www.terrmedia-online.de; Film im Internet über <http://kenfm.de/blog/2013/05/07/wir-weigern-uns/>

Portrait



Ingrid Rumpf Foto: privat

Von der Not zur Tat

Es ging wie so oft. Wer zu den Palästinensern reist, in das besetzte Westjordanland oder zu den Flüchtlingen in den Nachbarländern, spürt bald den Drang, sich gegen Elend und Entrechtung zu engagieren.

So erlebte es auch Ingrid Rumpf. Eine Reise in den Libanon mit Besuchen mehrerer palästinensischer Flüchtlingslager im Jahre 1994 führte sie zu einem spontanen Entschluss: vor allem den Flüchtlingskindern in Elend und Not helfen. Spontan gründete die Hanseat in mit Teilnehmern der Reisegruppe den Verein „Flüchtlingskinder im Libanon“.

Schwerpunkte des Vereins liegen auf Bildungsarbeit und medizinischen Projekten. So unterstützt er unter anderem Grundschulkindern mit Nachhilfekursen, benachteiligte Mädchen mit Förderkursen, Ältere mit Ausbildung, Erzieherinnen und Sozialarbeiterinnen mit Fortbildung. Inzwischen ist das Arbeitsfeld weit über die Anfänge hinaus gewachsen.

Urheberin der Nakba-Ausstellung

Fast im Alleingang, aber mit wissenschaftlicher Rückendeckung, schuf die heute in Süddeutschland lebende Friedensarbeiterin die Nakba-Ausstellung. Diese informiert mit eindrucksvollen Bildtafeln und Texten über die Vertreibung von mehr als 750.000 Palästinensern vor und nach der israelischen Staatsgründung. Die Ausstellung wurde bisher an 130 Orten gezeigt, auch beim EU-Parlament und bei der UNO in Genf. Englische und französische Versionen der Ausstellung, begleitet vom entsprechenden Ausstellungskatalog, werden in den betreffenden Ländern gezeigt.



Widerstände gegen die Nakba-Ausstellung und Verleumdungen der Autorin konnten im deutschen Umfeld nicht ausbleiben. Deutsch-israelische Gesellschaften, Vertreter verschiedenster Parteien, selbsternannte anonyme „Initiativen gegen Antisemitismus“, aber auch christlich-jüdische Dialoggruppen, jüdische Gemeinden und bereits zweimal der israelische Botschafter versuchten, die Aufklärung über die Vertreibungen zu verhindern. Gelegentlich mussten Gerichte der Meinungsfreiheit zum Durchbruch verhelfen.

Ingrid Rumpf lässt sich dadurch nicht irritieren. Unermüdet macht sie weiter. Hochverdient wurde ihr am 23. November 2014 in Bonn von der palästinensischen Gemeinde Deutschland der Palästina-Solidaritätspreis verliehen. Karl-Otto Körber Informationen: www.lib-hilfe.de

Offener Brief an die Bundeskanzlerin

„Gaza stirbt, aber Gaza darf nicht sterben.“

Wir dokumentieren einen sehr persönlichen Offenen Brief von Jürgen Todenhöfer an die Bundeskanzlerin. Den offenen Brief schrieb er unter dem Eindruck der katastrophalen Situation der Menschen im Gazastreifen. Todenhöfer (74) war langjährig Abgeordneter der CDU im Deutschen Bundestag. Der Publizist ist heute besonders in der muslimischen Welt menschenrechtlich engagiert. Seine Stiftung Sternenstaub unterstützt Hilfsprojekte für Kinder im Gazastreifen. (www.juergentodenhoefer.de - https://www.facebook.com/juergenTodenhoefer)

München, den 12. März 2015

Liebe Frau Bundeskanzlerin,

mit Erfolg haben Sie in jüngster Vergangenheit bei schwierigen internationalen Konflikten die Rolle der „ehrlichen Maklerin“ übernommen. Es gibt einen kleinen, vergessenen Landstrich, der dringend einen ehrlichen Makler braucht: Gaza.

Seit dem Waffenstillstand vor sechs Monaten kümmert sich niemand um die unzähligen seelisch Leidenden, Hungernden, Frierenden, in den Ruinen ihrer Wohnungen Dahinvegetierenden. Es gibt kein deutsches Wort, das das grenzenlose Elend und Leid der 1,8 Mio. Gefangenen von Gaza angemessen beschreibt.

Haben Sie von dem kleinen Mädchen Rahaf Abu Assi erfahren, Frau Merkel, das im Januar in ihrem zerstörten Haus bei Khan Younis erfror? Wahrscheinlich nicht, denn unsere Medien berichteten nicht darüber. Rahaf ist nur zwei Monate alt geworden. Sie starb den Kältetod. So wie die zwei Monate alte Salma Al-Masri, der wenige Wochen alte Adel Al-Laham, der nur 50 Tage alt gewordene Moemen und der sechs Monate alte Wadie.

Die Situation der Menschen von Gaza ist nicht nur eine Tragödie. Sie ist eine Schande für eine Welt, die

sich der Würde des Menschen verpflichtet fühlt. Wir begehen jeden Tag, an dem wir das Leid der Menschen von Gaza verdrängen, Verrat an unseren eigenen Werten.



Jürgen Todenhöfer in Gaza im August 2014

Foto: Frederic Todenhöfer

Von den 5,4 Milliarden US-Dollar, die auf der Hilfskonferenz für Gaza im vergangenen Oktober in Kairo zugesagt wurden, ist in Gaza bis heute kaum etwas angekommen. UNRWA, das Hilfsprogramm der UN für Palästina, musste seine Wiederaufbauhilfe für den Gazastreifen bereits Ende Januar wegen akuten Geldmangels einstellen. Nichts geht mehr in Gaza. Außer Hunger, Krankheit, Tod.

In Ihrer Rede vom 18.3.2008 vor der Knesset in Jerusalem haben Sie gesagt: „Jede Bundesregierung und jeder Bundeskanzler vor mir waren der besonderen historischen Verantwortung Deutschlands für die Sicherheit Israels verpflichtet. Diese historische Verantwortung Deutschlands ist Teil der Staatsräson meines Landes. Das heißt, die Sicherheit Israels ist für mich als deutsche Bundeskanzlerin niemals verhandelbar.“

Sehr geehrte Frau Angela Merkel, darf man dann das Recht der Palä-

stinenser auf ein Leben in Würde und Sicherheit missachten? Haben nicht die Palästinenser letztlich einen großen Teil der deutschen Schuld bezahlt? Einen größeren als wir Deutschen selbst?

Der Sicherheit Israels verpflichtet zu sein bedeutet, dass man sich für die Menschenrechte in ganz Palästina einsetzen muss. Und für ein lebenswertes Leben in Gaza. Ohne Mauern, Stacheldraht, tägliche

Schikanen, Übergriffe und totale Perspektivlosigkeit. Sonst kann es auch für Israel nie Frieden geben.

Ich habe immer wieder die Kraft und Konsequenz bewundert, mit der Sie fernste Länder besuchen. Warum reisen Sie nicht einmal in das nahe Gaza? Sie wären erschüttert, wenn Sie das Leid der Gefangenen, Ausgebombten und im Stich Gelassenen von Gaza einmal mit eigenen Augen erleben würden. Bitte schenken Sie den Menschen von Gaza dieses Zeichen von Aufmerksamkeit und Mitgefühl!

Wir müssen den Eltern von Rahaf, Salma, Adel, Moemen, Wadie und allen anderen Eltern Gazas, zeigen, dass wir in ihnen gleichwertige Nachbarn sehen. Dass ihr Schicksal auch unser Schicksal ist. Dass die Palästinenser nicht Menschen zweiter Klasse sind. Wir müssen beweisen, dass ihre Würde für uns nicht nur ein leeres Wort, sondern Verpflichtung ist. Auch im Interesse Israels und seiner langfristigen Sicherheit!

Deutschland hat mehr als jedes andere Land der Welt die Pflicht, sich als ehrlicher Makler im Palästina-Konflikt zu engagieren. Ich bitte Sie um dieses Engagement für beide Seiten.

Sie könnten als deutsche Kanzlerin ganz konkret die Initiative ergreifen, dass die versprochenen internationalen Hilfgelder unverzüglich nach Gaza gelangen. Mit der Ihnen eigenen Entschlossenheit und Durchsetzungskraft würden Sie es schaffen. Gaza stirbt, aber Gaza darf nicht sterben.

Mit freundlichen Grüßen Ihr Jürgen Todenhöfer

Kriegsverbrechen ahnden

Wird Israel zur Rechenschaft gezogen? Im Juni 2015 will eine Kommission des UN-Menschenrechtsrates ihren Bericht vorlegen zur Untersuchung „aller Verletzungen von humanitärem Völkerrecht und Menschenrechten in den besetzten Gebieten, insbesondere im besetzten Gazastreifen im Kontext der militärischen Operationen seit dem 13. Juni 2014“. An dem Tag waren drei jüdische Jugendliche entführt worden. Das nahm die israelische Armee zum Anlass für Strafaktionen, die schließlich in die 50-tägige Bombardierung des Gazastreifens übergingen.

Obwohl der neue Präsident des UN-Menschenrechtsrates, der deutsche Diplomat Joachim Krüger, mehr Effektivität versprach, sind die Hindernisse groß. Israel lehnt jede Zusammenarbeit mit der Kommission ab. Schon dem Südafrikaner

Richard Goldstone und dem Berliner Völkerrechtler Christian Tomuschat, die die Untersuchungen nach dem Gaza-Krieg 2008/09 leiteten, wurde es von Israel verwehrt, nach Tel Aviv und Ramallah zu reisen.

Die Hamas hat wieder den Zugang nach Gaza erlaubt. Zahlreiche Opfer und Zeugen haben bereits ausgesagt. Die Indizien für schwere Kriegsverbrechen sind offensichtlich, schon wenn man sich die reinen UNO-Zahlen ansieht: die Zerstörung von 18.000 Wohnungen und 17 Krankenhäusern sowie die Tötung von über 400 Kindern und 300 Frauen. Allerdings werden auch die Raketen der Hamas auf Israel mit ihrem unterschiedslosen Einsatz gegen Militär und Zivilisten unter dem Verdacht von Kriegsverbrechen stehen, auch wenn sie im Vergleich nur wenige zivile Opfer forderten.

Christian Kercher

Dank an Mitglieder und Spender

Ihnen, liebe Spender und Mitglieder, danken Herausgeber und Redaktion der Palästina-Israel-Zeitung sehr herzlich für Ihre nachhaltige Unterstützung unserer Zeitung über nunmehr vier Jahre.

So haben Sie uns geholfen, die Hauptaufgabe der Arbeitsgemeinschaft für Völkerrecht und Menschenrechte in Palästina und Israel

e.V. zu erfüllen: zuverlässige Informationen über die schlimme Situation vor allem der einheimischen Palästinenser in Israel und in den besetzten Gebieten zu sammeln und möglichst vielen Menschen das zu vermitteln, was die großen Medien oft verschweigen.

Vielältige positive Resonanz ermutigt uns. Helfen Sie uns bitte weiterhin. Es ist notwendig.

PalästinaIsraelZeitung für Völkerrecht und Menschenrechte

Palästina-Israel-Zeitung

Hiermit bestelle ich je Exemplare der Palästina-Israel-Zeitung. Wir bitten um eine Spende von mindestens 1 € je Exemplar zuzüglich Versandkosten.

Arbeitsgemeinschaft Völkerrecht und Menschenrechte in Palästina und Israel e.V.

Ich beantrage die Mitgliedschaft in der Arbeitsgemeinschaft. Ja Nein

Der Jahresbeitrag beträgt für Gruppen 50 € und für Einzelne 30 €. Auf Wunsch senden wir die Satzung der Arbeitsgemeinschaft gerne zu.

Name:

Straße:

PLZ/Ort:.....

Wenn Sie Kontakt wünschen oder den Antrag auf Mitgliedschaft stellen, tragen Sie bitte Ihre Telefon- und E-Mail-Verbindung ein.

Email:

Telefon:.....

Datum/Unterschrift:

Senden Sie diesen Abschnitt bitte an:

bei Zeitungsbestellung

Christian Kercher, Christstraße 42, 14059 Berlin kontakt@palaestina-israel-zeitung.de

bei Antrag auf Mitgliedschaft

Peter Bingel, Am Ordensgut 2, 53639 Königswinter mercurialis@web.de

Konto: AG Völker- und Menschenrechte Pal./Isr. e.V. Nr. 705 800 014, BLZ 380 601 86 (Volksbank Bonn Rhein-Sieg) IBAN: DE45 3806 0186 0705 8000 14 BIC: GENODED 1BRS

Für eine steuerliche Zuwendungsbestätigung ist die Angabe der Postadresse erforderlich.

In Kürze

Hoffnung auf Den Haag

Die Empfehlung der Goldstone-Kommission des UN-Menschenrechtsrates von 2009, ihren Bericht an den Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) weiterzuleiten, ist folgenlos geblieben. Das könnte diesmal anders werden, denn Palästinenserpräsident Mahmud Abbas hat zu Anfang 2015 den Beitritt seines Landes zum Statut des Gerichts erklärt. Dafür strafe die Regierung Netanjahu Abbas sofort zum Beispiel mit der Einbehaltung von Steuern und Zöllen, und die USA strichen ihm Hilfsgelder. Denn der IStGH, so sagte es die UN-Botschafterin der USA, ist „wirklich eine echte Bedrohung für Israel“.

Abbas kann die Verantwortlichen der israelischen Regierung und Armee vor Gericht ziehen, denn wenn Israelis auf palästinensischem Gebiet Kriegsverbrechen begangen haben sollen, darf der IStGH gegen sie ermitteln. Auch wenn Israel den Beitritt zu dessen Statut immer abgelehnt hat. Selbst wenn es zu keiner Verurteilung kommt, erfüllt das Gericht eine wichtige Funktion zur Klärung der Vorwürfe und Dokumentation der Fakten. ck

Meldungen

Russell-Tribunal
Abschlussbericht

Das Russell-Tribunal zu Palästina ist eine Initiative der internationalen Zivilgesellschaft nach dem Vorbild des Tribunals von Bertrand Russell und Jean Paul Sartre zum Vietnamkrieg, „um dem Verbrechen des Schweigens zu wehren“. Auf einer Sondersitzung zum Gaza-Krieg im September 2014 in Brüssel hörte die Jury des Tribunals aus Juristen und Künstlern 17 Augenzeugen. Sie befand die israelische Regierung und Armee der Kriegsverbrechen, der Verbrechen gegen die Menschlichkeit und des Völkermords sowie Drittstaaten der Komplizenschaft für schuldig. Der 13-seitige Abschlussbericht ist ins Deutsche übersetzt und auf der Webseite www.dpg-netz.de zu finden. PIZ

Palästinensisches
Meinungsbild

Die Palästinenser im Westjordanland und im Gazastreifen sind mit überwältigender Mehrheit gegen israelische Vorbedingungen für einen Friedensschluss. Zwischen 67 und 84 Prozent der Bevölkerung sprechen sich gegen einzelne Maßnahmen aus, am stärksten gegen die Anerkennung Israels als jüdischen Staat und die Aufrechterhaltung von Grenzkontrollen. Das ergab eine Umfrage des Arabischen Zentrums für Forschung und Politische Studien (ACRPS), Doha, im vorigen Jahr.

Weitere Fragen richteten sich auf die nationale Versöhnung der Palästinenser. Als wichtigste Bedingungen dafür nannten die Befragten fast einmütig eine Umstrukturierung der PLO, Wahlen zum Legislativrat (Parlament) und Wahl eines Präsidenten. Als wichtigste Hindernisse einer Versöhnung sahen sie Parteilichkeit und politische Interessen der Parteiführer, die israelische Besetzung und Intervention ausländischer Mächte. ACRPS 2014

Kirchentag lehnt Forum zu Kairos
Palästina in Stuttgart ab

„Kairos Palästina“ - so heißt das von christlichen Palästinensern 2009 in Bethlehem veröffentlichte Dokument nach dem Vorbild von „Kairos Südafrika“ im Jahr 1985. Es richtet sich an Christen, Juden und Muslime im Nahen Osten, aber auch an die Kirchen der Welt und die internationale Gemeinschaft. Mit ihrem „Wort des Glaubens, der Hoffnung und der Liebe“ bitten die Autoren bis heute darum, sich im Sinne ihres Plädoyers für Gerechtigkeit für die Beendigung der Besetzung palästinensischen Landes einzusetzen.

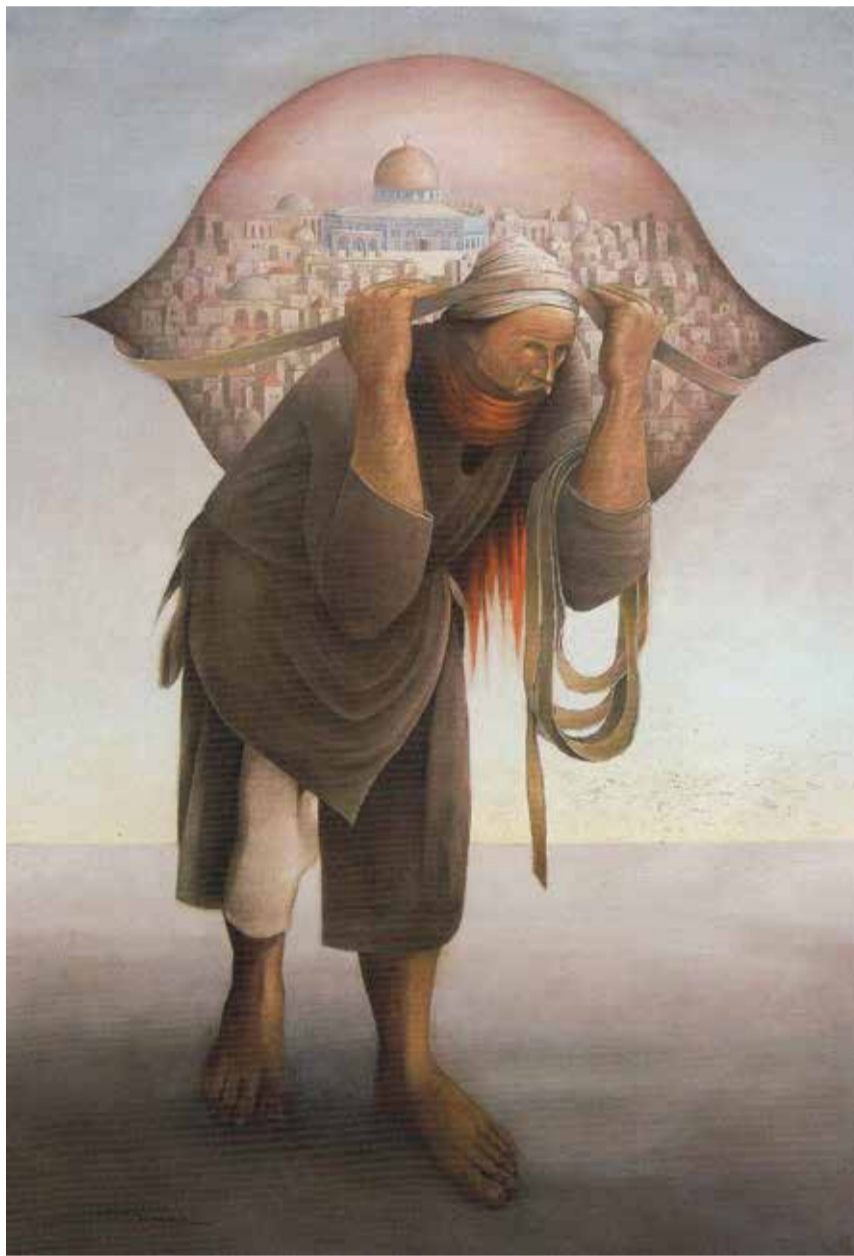
Das wurde auf dem Zweiten Ökumenischen Kirchentag 2010 in München thematisiert. Aber alle Bitten und Anträge, dem Dokument und seinen Verfassern angesichts der sich weiter verschlechternden Lage in Palästina ein Forum zu geben, wurden für die Evangelischen Kirchentage

2011 in Dresden, 2013 in Hamburg und 2015 in Stuttgart vom Büro des Deutschen Evangelischen Kirchentags in Fulda abgelehnt.

Daraufhin entschied sich das deutsche KAIROS Palästina-Solidaritätsnetz, einen prominent besetzten Thementag als Ergänzung zum Kirchentagsprogramm anzubieten. Dafür arbeitet es mit der Nahost-Kommission der Deutschen Sektion der internationalen katholischen Friedensbewegung pax christi und der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Baden-Württemberg zusammen.

Manfred Budzinski Nahost-Kommission von pax christi Deutschland

Siehe das nebenstehende Programm des Thementages. Weitere Informationen unter www.gerechtigkeit-schafft-frieden.de



Der Lastenträger von Jerusalem von Sliman Mansour, 70 x 105 cm, Öl auf Leinwand, 1973; aus „Sliman Mansour“ von Faten Nastas Mitwasi, Michael Imhof Verlag, Petersberg 2008

Leserbriefe

Wirtschaft ist wichtig

Dass Sie diesmal die wirtschaftlichen Fragen in den Mittelpunkt gestellt haben, begrüße ich sehr. Dieser Aspekt des palästinensischen Lebens hat eine große Bedeutung und wird immer wieder von den politischen und sozialen Problemen, verursacht durch die Besetzung, vernachlässigt. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass Alaa Tartir in seinem Beitrag darauf hinweist, welche Rolle die internationalen Hilfswerke spielen. Dies kommt in diesem Kontext immer zu kurz. Gerhard Dilschneider, Ulm

Einsatz für Gaza

In Ihrer Oktoberausgabe thematisieren Sie zu Recht den skandalösen Zustand im Gazastreifen nach der Zerstörung im jüngsten 50 Tage währenden Krieg. Nichts rührt sich: Die Grenzen auf israelischer und ägyptischer Seite sind dicht und es

gelangen so gut wie keine Baustoffe zum Wiederaufbau in den Streifen.

Die westlichen Verantwortlichen, die USA und Europa, hüllen sich in Schweigen. Es werden Gelder locker gemacht, jedoch das Übel nicht an der Wurzel angepackt. So ist das nächste Aufbegehren der Gaza-Bewohner und damit der nächste Krieg nur eine Frage der Zeit.

Verbleibt allein die Zivilcourage der Bürger. Hier kann ein jeder anpacken, indem man die Verantwortlichen immer wieder an ihre Pflichten für Gerechtigkeit gegenüber den Palästinensern erinnert. Und mit Mitteln des BDS gegen die israelischen Verbrechen vorgeht. Ingo Budde, Achim

Gute Meinung über die PIZ

Meine Meinung: Aktuell, informativ, differenziert, engagiert! Hanspeter Stalder, Berikon/Schweiz

Veranstaltungen

Thementag „Gerechtigkeit schafft Frieden in Palästina und Israel“ am Sonnabend, den 6. Juni 2015, in Stuttgart im Rupert-Mayer-Haus, Hospitalstraße 26

9.30 – 10.30 Uhr Bibelarbeit: Glaube unter imperialer Macht
Pfarrer Dr. Mitri Raheb

Manfred Kock
Weihbischof Thomas Maria Renz
Andreas Zumach Moderation

11.00 – 12.30 Uhr Über-Lebenssituation in Palästina
Dr. Mitri Raheb und Rania Salsaa
Hildegard Lenz Moderation

17.00 – 18.30 Uhr Das Schweigen in der Politik brechen
Rainer Arnold MdB, SPD
Annette Groth MdB, Die Linke
Uwe Kekertitz MdB, Bündnis 90/Die Grünen
Professor Rolf Verleger
Andreas Zumach Moderation

13.00 – 14.30 Uhr Frieden ist möglich
Professor Helga Baumgarten
Professor Jeff Halper
Wiltrud Rösch-Metzler Moderation

15.00 – 16.30 Uhr Das Schweigen in der Kirche brechen
Dr. Mark Braverman

19.30 – 21.30 Uhr
Konzert mit Esther Bejarano und ihrer Rap Band Microphone-Mafia
Der Eintritt ist frei.

Ebenfalls zur Ergänzung des Kirchentages

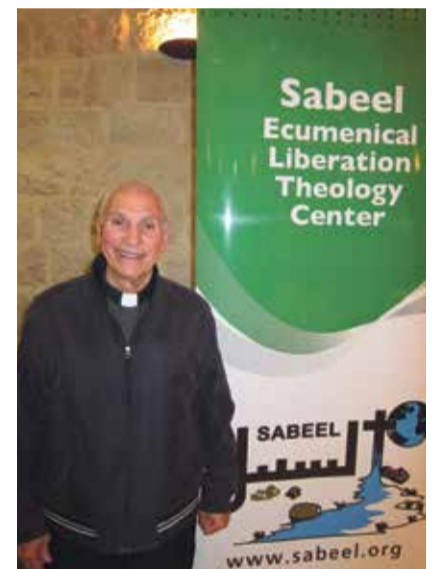
5. Juni 2015 im Rupert-Mayer-Haus, Hospitalstraße 26

15.00 – 17.00 Uhr „Frieden durch Gerechtigkeit und Versöhnung“ – Die Stimme der palästinensischen Befreiungstheologie
Rev. Dr. Naim Ateek Sabeel – Jerusalem, Mitverfasser des Kairos Palästina Dokumentes

19.30 – 21.30 Uhr Der palästinensische Freiheitskampf – eine Herausforderung für die Kirche
Dr. Mark Braverman Direktor von Kairos USA

4. bis 6. Juni 2015

in der Evangelischen Friedenskirchengemeinde, Schubartstraße 12
30 Friedensorganisationen präsentieren einen Schatz an Friedenswissen



Naim Ateek

Foto: Ann Saba

Der Eintritt ist frei.

Programm unter www.zentrumfrieden2015.de

Vortragsreise von Dr. Mark Braverman zu den Themen „Der palästinensische Freiheitskampf – eine Herausforderung für die Kirche“ und „Verhängnisvolle Scham. Israels Politik und das Schweigen der Christen“



Marc Braverman am Holocaust-Mahnmal in Berlin Foto: Liva Haensel

5. Juni in Stuttgart, 19.30 Uhr
8. Juni in Bern, 19.15 Uhr
9. Juni in Tübingen, 19 Uhr
10. Juni in Darmstadt
11. Juni in Dortmund, 19.30 Uhr
12. Juni in Köln, 19.30 Uhr
14. Juni in Kiel, 18 Uhr
15. Juni in Hamburg, 19.30 Uhr
16. Juni in Berlin, 19 Uhr
17. Juni in Bad Honnef, 19.30 Uhr

Näheres erfragen Sie bitte bei der Redaktion.

25. April 2015, Bonn, 11 – 13 Uhr
Vortrag „Hoffnung am Leben erhalten – Bericht über die Olivenbaum Kampagne“ von Muhanad Al Qaisy, Lennéstraße 5 (DPG NRW Süd)

zerstörten Hauses als Zeichen gewaltlosen Widerstandes. Mit Bildungsprogramm. Information unter www.icahd.de

19. Juli bis 3. August 2015
Internationales Camp bei Jerusalem zum Wiederaufbau eines

5. bis 15. Oktober 2015

Begegnungsreise dies- und jenseits des Jordans: Israel, Palästina, Jordanien – Menschen statt Steine
Infos unter www.marius-blog.de

Weitere Termine unter: www.palaestina-heute.de/Veranstaltungen/veranstaltungen.html; www.friedenskooperative.de/nahost.html

IMPRESSUM

Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft Völkerrecht und Menschenrechte in Palästina und Israel e. V.
Redaktion: Peter Bingel (bg), Christian Kercher (ck, viSdP), Dr. Karl-Otto Körber (kō)
Bestellung: Christian Kercher, Christstraße 42, 14059 Berlin
kontakt@palaestina-israel-zeitung.de
Telefon: +49 (0) 157 89 45 69 17
Leserbriefe: redaktion@palaestina-israel-zeitung.de

Die einzelnen Artikel geben nicht notwendigerweise die Meinung der Redaktion wieder.
Im Fall von offenen Copyrightfragen wenden Sie sich bitte an die Redaktion.
Gestaltung: Alexandra Nußbaum
Druck: Henke Pressedruck, Berlin
Auflage: 5.000
An dieser Stelle wiesen wir in der Ausgabe Nr. 6 auf eine Förderung durch Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst hin. Das war unzutreffend. Wir bedauern das Versehen.